

Informations-Dienst
zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

D 1870 CX

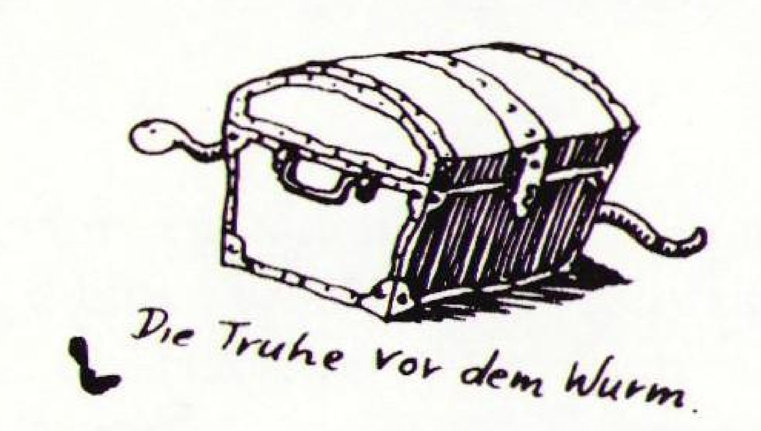
ERSCHEINT WÖCHENTLICH NR. 247 15. September
Redaktionsschluss: Donnerstag 16 Uhr
Postanschrift: Postfach 900 343, 6000 Frankfurt 90
Telefon: 0611 / 704 352
Druck: Druckladen GmbH, Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90



„vorwärts", zeichnung: Marie Marcks

VERHAFTUNGEN IN FRANKFURT

FRANKFURT 14. September Am Mittwoch, den 13. September wurden in Frankfurt zwei Frauen festgenommen, von denen heute eine wieder freigelassen wurde. Silvia H. wird heute nachmittag dem Haftrichter in Karlsruhe vorgeführt. Ihr wird – nach unbestätigten Meldungen – Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung vorgeworfen.


Die Truhe vor dem Wurm.

UMWELTKALENDER 1979

DARMSTADT 14. September Die Aktionsgemeinschaft für Umweltschutz hat auch für 1979 einen kleinen grünen Taschenkalender für Umweltkämpfer herausgebracht. Mit dem Erlöß wird ein Klageverfahren gegen Block C in Biblis durchgeführt. Der Umweltkalender '79 ist nicht nur für Anti-AKW-Menschen gedacht, sondern für alle, die was gegen unsere verdreckte und ausgebeutelte Umwelt haben und für eine bessere, saubere, relativ grüne Umwelt kämpfen. Der Kalender hat einen stabilen Umschlag und ist 256 Seiten stark. Er ist bestückt mit über 100 neuen Umwelt-Karikaturen von Jari Pekka Cuypers, er kostet 5,– DM und ist bei Bürgerinitiativen, linken Buchläden oder direkt bei **AGU-Darmstadt c/o M. Bill, Frankfurter Str. 66, 6100 Darmstadt** zu bekommen.

BERICHTIGUNG EINER ADRESSE

Frankfurt September 78 Im ID 245 berichteten wir über den Kriegsdienstverweigerer Dieter Schöffmann, der von Feldjägern verhaftet wurde und in eine Kaserne verschleppt wurde. Die angegebene Kontaktadresse war falsch. Hier ist die richtige: Kollektiver Gewaltfreier Widerstand gegen Kriegs- und Ersatzdienst, c/o Dieter Schöffmann, Zülpicher Str. 234, 5000 Köln, Tel.: 0221/421996

ACHTUNG ! GORLEBEN – NOCH EINE FALSCHE ADRESSE

Das spektakuläre Polizei-Flugblatt und der Offene Brief, von dem im ID 246, Seite 15, die Rede ist, können nicht etwa bei allen Freundeskreisen der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg bestellt werden. Wer die Papiere will, wendet sich an **Janette Kassin, Bockhorst 134, 2000 Hamburg 55.**
Kontaktadresse ist

Kontaktadresse für die Initiative ist außerdem :

Edmund Bode, Groß Witzeetze 22, 3131 Lemgo, Tel.: 05883/465.

RUSSELL–VORKONFERENZ

MARBURG 14. September *Nachdem das deutsche Sekretariat des Russell-Tribunals von der Durchführung einer Bundeskonferenz der Russell-Unterstützungsgruppen Abstand genommen hatte, wird die Russell-Bewegung diese Konferenz nun in eigener Regie durchführen. Auf der Vorkonferenz für dieses 2. Bundesweite Treffen aller Russell-Gruppen am 9./10. September beschlossen Delegierte aus 14 Russell-Initiativen und des Verlags Linker Buchhändler Nordrhein-Westfalen, sowie eine Reihe von Einzelpersonen:*

Beschlossen wurde, die 2. Bundeskonferenz der Russell-Unterstützungsgruppen am 28./29. Oktober in Köln stattfinden zu lassen. Die Einladung nach Köln und ein Tagesordnungsvorschlag werden in den nächsten Tagen allen Initiativen zugehen und auch im nächsten ID veröffentlicht werden.

Etwas am Rande: Die „Schützer" der Verfassung nahmen sich auch des Marburger Treffens an. Am Sonnabend waren zwei rote Audi auszumachen (HP-DS 666 und F-NZ 975), ausserdem noch ein mit einem „Pärchen" besetzter BMW. Am Sonntag schoben zwei Ford Wache (blau-metallic und beige).

WIESENFEST AUF DER CA-WIESE

HEIDELBERG 13. September Das Heidelberger CA (Collegium Academicum) Heidelbergs größtes linkes Kommunikations- und Kulturzentrum, im letzten Winter mit Einsatz von ein paar Tausend Bereitsschaftspolizisten aufgelöst, hat jetzt vor Gericht Recht bekommen: Die Räumung war nicht „rechtmäßig", das Haus gehört weiterhin den CA-Studenten, die Kündigung ist juristisch aufgehoben. Am Sonntag, dem Tag nach der Anti-NPD-Demonstration in Mannheim, findet auf der CA-Wiese hinter der neuen Bauruine ein großes CA-Wiesenfest statt: Spanferkel, Musik, Theater, Bauarbeiten.... unter Kontrolle der CA-Selbstverwaltung. Also am 17. September!
(Zur Räumung siehe auch ID 220)

Kontakt: **AStA, Brunnengasse 6, 6900 Heidelberg; CA, Seminarstr. 2, 6900 Heidelberg.**

Jahrelang haben uns alle vorgeworfen, wir hätten kein Programm – jetzt haben wir eins – – ein RADIOPROGRAMM

RADIO JESSICA

(Dolphomeus Jessica L., sternförmige Sumpfblume)

HEIDELBERG 13. September Highdelberg's (Deutschlands ?) erster Piratensender – ein kultisch – kulturell – musikalisch – politisch – feuilletonistisch – satirisch – pornografisch – komisch – trauriges Radio für Tote und Taubstumme und alle, die es werden oder nicht bleiben wollen.

Unsere Nullsendung haben wir bereits gesendet, in der wir neben guter Musik ein wenig über unsere Vorstellungen von einem freien Radioprogramm zu Zeiten eines öffentlich-rechtlichen Sendemonopols gesprochen haben. Mit unserer Technik hat's noch nicht so perfekt geklappt, aber wir lernen mit jeder Sendung dazu. Wir haben halt nicht die Produktionsmöglichkeiten wie der Radio-Staat.

Wir senden auf 102 MHz UKW, jeden Sonntag gegen 21 Uhr. Zuschriften und sonstige die freie Radiowelt interessierenden Fragen könnt ihr an die ‚Heidelberger Rundschau', Hauptstr. 68 schicken, oder auch an den ‚Carlo Sponti', Plöck 32a, 6900 Heidelberg.

ZUM RADIKALENERLASS IN HAMBURG

HAMBURG
14. September

Einen Berufungsprozeß zum Radikalenerlaß gibt es am Montag, 18.9.78, 12.30 Uhr im Saal 1106 des Hamburger Landesarbeitsgerichtes. Ein Lehrerreferendar ist mit seiner Nichteinstellung aus politischen Gründen nicht einverstanden. Das Landesarbeitsgericht hat die Landesvorsitzende der FDP, Helga Schuchardt als Zeugin geladen. Von ihr erwartet das Gericht einen Bericht über den gegenwärtigen „Zustand" des Radikalenerlasses in Hamburg.

BEGRÜSSUNG EINES BRANDANSCHLAGES

KIEL
11. September

Die Revolutionären Zellen haben ein Flugblatt verschickt, in dem sie einen Brandanschlag auf ein Büro der Nordwestdeutschen Kernkraft AG am 21.7.78 begrüßen. Der verursachte Schaden beträgt DM 70.000. Wer die Verantwortung für den Anschlag übernimmt, ist dem Flugblatt nicht zu entnehmen.

LINKE TAGESZEITUNG ERSCHEINT AM 27. SEPTEMBER

DEUTSCHLAND
im Herbst

Vormals die Namenlose – für die Presse wohl nicht auszuhalten: sie präsentierte immer das Elternpaar ID/Ströbele – hat sie jetzt einen Namen : DIE TAGESZEITUNG (nicht zu verwechseln mit einem ähnlichen Produkt anderen Namens, siehe ID Nr. 245):

"Am 27. September wird unsere erste Nullnummer in der Öffentlichkeit erscheinen – mit einigen Tagen Verspätung gegenüber dem Nachrichtenstichtag. Sie soll nämlich nicht das Produkt einer Zentralredaktion sein, sondern wir wollen diese 0-Nummer gemeinsam mit allen am Projekt beteiligten Initiativen diskutieren und herstellen. Daß wir damit nicht der Tagesaktualität nachkommen, wissen wir, aber wir wollen mit dieser Ausgabe zeigen, wie wir uns eine Gewichtung von Nachrichten, von Kommentaren und eine Aufteilung nach thematischen Schwerpunkten vorstellen. Mit der Nullnummer wollen wir nicht nur eine Diskussion über DIE TAGESZEITUNG in der Öffentlichkeit erreichen, sondern auch für uns klären, wann die Zeitung endgültig erscheinen wird.

Die Situation einer Nullnummer ist fiktiv: wir tun so, als gäbe es die Zeitung bereits. Das hat natürlich auch seinen Reiz, die 51. Folge unseres spannenden Fortsetzungsromans ... Die nächste Folge gibt's drei Wochen später in der 02-Nummer zur Buchmesse (Ende Oktober in Frankfurt).
ID- und Rotbuch-Abonnenten, Leuten, die bei der Bommi-Baumann-Buch-Liste unterschrieben haben, senden wir die 0-Nummer von uns aus zu, für alle anderen gibt es sie im Buchladen oder direkt über uns. Für Spenden und Vorausabos sind wir immer offen."

Tageszeitungsinitiative, c/o Hannes Winter, Hamburger Allee 45 6 Frankfurt 90, Tel. 0611/778941

Sonderkonto Gisela Wülffing, Kto. 368649 - 606, Postscheckamt Frankfurt

DAS ZELTLAGER FÄLLT AUS

BAD SCHUSSENRIED
14. September

Das große Zelt-Fest, das die Schussenrieder JUZE-Fans für den 5.bis 8. Oktober angekündigt hatten, fällt aus. Eine große Wiese, auf die sie alle lieben Leute eingeladen hatten, ist ihnen kurzfristig wieder gekündigt worden. Der Bauer, dem die Wiese gehört, begründete das damit, daß am Schussenrieder Rathaus und anderswo im Kurort die Parole zu lesen stand: „Das JUZE lebt!" Die offiziellen Orte zum Feiern, wie z.B. die Stadthalle, sind den JUZElern ohnehin verschlossen. Also müssen sie alle eingeladenen Gäste wieder ausladen. Frage: „Was macht ihr dagegen? " Antwort: „Dagegen könne mer nix machen." Aber sie machen weiter und werden demnächst zu vielen kleineren Veranstaltungen einladen, für die es keine grosse Wiese und keine Stadthalle brauchen wird.



WIR WOLLTEN EIN JUGENDZENTRUM – JETZT HABEN WIR EIN FREIZEITHEIM

Uelzen
11. September

Ein Brief aus Uelzen:
"Da steht es nun. Mit seinen leuchtend weißen Mauern ein Denkmal für das Gute, daß die Uelzer Stadtväter ihren Kindern tun. Unser "Jugenfreizeitheim", für 'ne knappe Million neu gebaut in der Nähe des Hauses, was vor zwanzig Jahren mal als "Haus der Jugend" gebaut wurde und nun "Tagungsstätte am Ilmenauufer" oder so heißt.

Und gestern ist es auch noch eröffnet worden. Aus den Plänen und Forderungen, die vor fünf Jahren in Uelzen von der "Initiative unabhängiges Jugendzentrum" geschmiedet wurden, ist nundas richtige Jugenzentrum enstanden, nachdem es zwei Jahre das provisorische Jugendzentrum gab.

Aber leider gibt es keine funktionierende Gruppe mehr, die das Jugendzentrum tragen könnte, so daß wir nun doch ein städtisches haben, obwohl sogar schon ein Modell der Selbstverwaltung vor einigen Jahren mal mit der Stadtverwaltung ausgehandelt worden war.

Immerhin sind fünf Hauptamtliche Menschen dort angestellt (inclusive Praktikanten), die auch in der Lage sind, ordentliche Programme zu machen, wie sies z.B. für den Monat September schon bewiesen haben. Aber den Geruch einer Behörde hat das Haus trotzdem...."

Kontakt: Jugendfreizeitheim, Am Ilmenauufer, 3110 Uelzen 1

ERFAHRUNGEN MIT JUGENDCLUB WERKSTATT GESUCHT

BAUNATAL
14. September

Da wir in Baunatal (bei Kassel) vorhaben mit Jugendlichen eine Werkstatt aufzumachen, in der mensch große Sachen basteln bzw. reparieren kann — wie z.B. Mopeds, Boote, Seifenkisten — suchen wir Leute, die uns entweder Anregungen oder Adressen schicken können von Jugendclubs, bei denen bereits eine solche Werkstatt existiert.

Kontakt: **Pino Castiglune, Jugendservice Baunatal, Bornhagen 1—3, 3507 Baunatal 1.**

500 LEUTE FEIERN EIN STRASSENFEST 5 VON IHNEN SOLLEN VOR GERICHT

TROISDORF
12. September

Aus Troisdorf erreichte uns das folgende Flugblatt:

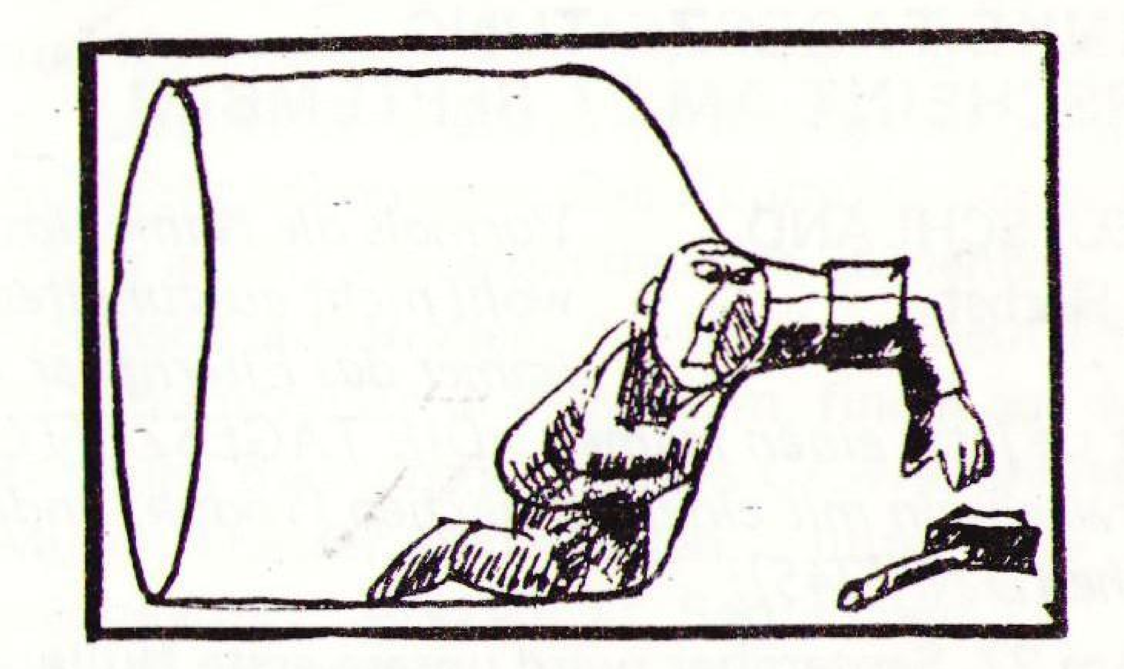
"Als die Stadt Troisdorf ihr 25-jähriges Bestehen feierte, besetzen Jugendliche und junge Leute die Poststr. und 'feierten mitten auf der Fahrbahn ihr eigenes Stadtjubiläum mit Musik und Bier' (Zitat Rhein-Sieg-Rundschau vom 20.6.77). Wir hatten dieses 'Straßenfest der Jugend' organisiert, um einerseits die Forderung nach einer Fußgängerzone im Bereich im Bereich Poststr.-Hippolytstr. zu unterstreichen, und andererseits um zu zeigen, daß auch in unseren Städten Leben und Aktivität auf der Straße möglich ist (entgegen den Vorstellungen der Innenstadtplaner: Fußgängerzone=Konsumzone). Die Poststr. war damals noch Hauptverbindungsstraße zwischen Bahnhof und Kölnerstr (Hertie). Besonders im Sommer kam es häufig zu 'Beinahunfällen' vor den Gaststätten Meeting und Beckmannklause, weil ein großer Teil der Leute mit Bier und Cola in der Hand draußen vor den Kneipen standen. Gerade mittwochs und an Wochenenden waren die beiden Kneipen häufig überfüllt. Dazu kam, daß eine Fahrspur der Poststr. als Parkplatz benutzt wurde und die andere gerade breit genug war, einen Bus durchzulassen. Die Unzufriedenheit vieler Jugendlicher über diese Situation und die Berechtigung der Forderung nach einer Fußgängerzone drückte sich durch dieses Straßenfest aus. Obwohl wir dieses Straßenfest nicht angemeldet hatten, konnten wir ohne Konfrontation mit der Stadt und der Polizei friedlich feiern. An diesem Fest beteiligten sich im Laufe des Abends und der Nacht ca. 400 - 500 Leute.

Nach diesem gelungenen Streich war die Freude und Begeisterung unter den Jugendlichen groß. Durch die Aktion lernten sich viele Leute, obwohl sie sich häufig gesehen hatten, erst mal richtig kennen. Die Besetzung und das Straßenfest wurden in der Presse kaum berührt: Generalanzeiger 2 Sätze, Rhein-Sieg Rundschau 2 Sätze (sehr positive Berichterstattung) Rhein-Sieg -Anzeiger gleich Null.

3 Tage vor Urlaubs- und Ferienbeginn (6.7.77) hatten wir 120 Liter Bier in Fäßchen gekauft und verkauften das Bier zum Selbstkostenpreis von -,40 DM pro Glas, um damit einerseits gegen die hohen Bierpreise in den Kneipen zu demonstrieren und um den Beginn der Ferien/des Urlaubs zu feiern. Der Bierverkauf fand gegenüber der Beckmannklause auf einem leerstehenden Grundstück statt. Viele Besucher von Beckmann und Meeting kamen mit leeren Gläsern zu uns um nachzufüllen. Nach einer halben Stunde waren ca. 100 - 150 Leute auf der Straße. Durch die Rücksichtslosigkeit einiger Autofahrer, wodurch es zu einigen sehr gefährlichen Situationen kam, sahen sich einige Leute spontan veranlaßt, die Straße erneut abzusperren (mit Sperrbaake und Umleitungsschild).

Wir, die Organisatoren des ersten Straßenfestes (18.6.77), hatten keinerlei Besetzung und Blockierung der Poststr. geplant und fungierten auch nicht als Rädelsführer (aber als Bierverkäufer). Viele Jugendliche setzten sich in 3 bzw. 4 Reihen quer auf die Poststraße und riefen die Losung: Fuß-gänger-zone! Kurze Zeit später kam ein BMW auf die Leute zugefahren und versuchte mit Gewalt, durch die Menge zu fahren (dieser PKW-Fahrer war der einzige, der dies versuchte — alle anderen PKW-Fahrer bogen rechtzeitig ab). Bei dem Fahrer handelt es sich um einen Besucher des Meetings, der wahrscheinlich aufgrund einer Wette (1 Kasten Bier) diese Provokation startete. Die Provokation endete damit, daß ein Mädchen angefahren und leicht verletzt wurde. Dafür handelte er sich einige Beulen und Schrammen an seinem BMW ein.

Gegen 22.40 Uhr erschien ein Riesenaufgebot der Polizei (Polizeistationen Troisdorf, Siegburg, St. Augustin) und forderte die Leute auf, die Straße freizumachen. Die Polizei forderte dies dreimal, obwohl die Straße spätestens nach der ersten Aufforderung frei war. Um nicht in einem solchen Aufgebot umsonst erschienen zu sein, forderten sie die Räumung der Gehwege. Das aber erschien wohl allen Anwesenden (außer Polizei und Spitzeln) lächerlich und blödsinnig. Die Polizei begann wahllos die am Rand stehenden Menschen wegzudrängen und zu schlagen. Aus der Menge ergriffen sie grundlos 4 Jungs, schlugen sie zum Teil brutal zusammen (mit Fäusten, Füßen und Gummiknüppeln) und schleiften sie zum bereitstehenden Transporter. Nach 2stündigem Aufenthalt in der Polizeistation Troisdorf und Abnahme von Blutproben und Personalien wurden die 4 wieder frei gelassen.



Im Polizeibericht über diesen Einsatz gibt die Polizei relativ freimütig zu, daß es sich dabei um die Rache für das große Straßenfest am 18.6.77 handelt, und daß Sie ein neues Strassenfest dieses Stils mittels Gewalt verhindern wollte. In einer Statistik über Gewaltkriminalität des gesamten Rhein-Sieg-Kreises liegt dieses Straßenfest in Troisdorf an erster Stelle, noch vor Mord und Totschlag. Presse und Polizei schlachteten die Auseinandersetzung in der Poststraße für ihre propagandistischen Zwecke aus. Zitate: 'Straßenschlacht! Massenprügelei in Troisdorf' Bild vom 8.7.77; 'Polizei nahm bei Straßenschlacht in Troisdorf 4 Demonstranten fest. Auto wurde mit Fäusten und Füßen demoliert — Sturm auf die Polizeiwache' (Generalanzeiger vom 8.7.77)'Schlacht um die Poststraße — Drahtzieher bei Auseinandersetzung im Hintergrund.' (Rhein-Sieg-Rundschau vom 8.7.77).

Am 28.7.78 erhielten wir (Bettina, Peter, Isy, Mario und Gerd) die Anklageschrift der Staatsanwaltschaft in Bonn, in der wir in folgenden Punkten angeklagt werden:

1. Landfriedensbruch
2. Widerstand gegen die Staatsgewalt
3. Nötigung

Das ist für uns natürlich ein ganz schöner Hammer. Der Prozeß wird wahrscheinlich so in 2-3 Monaten anlaufen. Die Zeugen der Anklage sind 17 Polizisten mit herrlich gleichlautenden Aussagen, 1 Journalist vom Bonner Generalanzeiger und der BMW-Fahrer. Unsere Situation ist zur Zeit wie vor einem Erdbeben .... fast zerstört!

Was wir brauchen, sind
1. Zeugen, die genügend Mumm haben, vor Gericht auszusagen, was an dem Abend wirklich gelaufen ist.
2. Leute, die Geld spenden und die uns in unseren Ermittlungen weiterhelfen, bzw. mitanpacken, Geld zu besorgen, z.B. durch Flohmärkte etc. Das Problem mit dem Geld ist wohl eins der Hauptprobleme. Der Prozeß wird mehrere Tage dauern und ca. DM 20.000 für Gerichts- u. Anwaltskosten ausmachen.
3. Wir brauchen Öffentlichkeit, d.h. helft uns,die Schweinereien, die man mit uns vorhat, zu vereiteln und bekanntzumachen, kommt zu Veranstaltungen, arbeitet mit im Ermittlungsausschuß, kommt zu dem Prozeß — es lohnt sich bestimmt!

Spendenkonto: KSK Siegburg Konto Nr. 002118933 (Straßenbesetzerprozesse)
Kontaktadresse und verantwortlich: Pit Schnitzler, Siegburgerstr. 12, 5205 St. Augustin 3

BESETZTES HAUS HEISENSTR. 31 GERÄUMT

HANNOVER
September

Heute morgen, Dienstag der 5.9., gegen 8.00 h, kam der Hausbesitzer Richter mit einer richterlichen Verfügung in das besetzte Haus. Diese Verfügung besagte, daß der Hausbesitzer die beiden älteren Hinterhäuser, die noch nicht unter Denkmalschutz stehen, abreißen darf und uns, die Besetzer, aus dem Haus räumen und die Fenster und Türen zumauern kann. Der Besitzer brachte gleich eine Abbruchfirma mit, die sogleich anfing, die Fenster zu zerstören und zuzumauern. Der Abriß der beiden Hinterhäuser wurde auch sofort begonnen. Wir wurden vor die Wahl gestellt, entweder freiwillig zu gehen oder uns mit Gewalt durch eine seit 7.00 h extra für uns in Bereitschaft stehende Polizeitruppe räumen zu lassen. Wir zogen vor, angesichts unserer ohnmächtigen Lage, das Haus freiwillig zu verlassen. Ohnmächtig sind wir deshalb, weil wir uns gerade wieder in der Aufbauarbeit befinden, wie z.B. Renovierung der Häuser innen und aussen und Neubeginn der Informationsarbeit in der Öffentlichkeit. (Die Renovierung konnte nur stattfinden, weil uns die Bevölkerung durch Material- und Geldspenden unterstützte).

Diese Räumung bedeutet den Anfang der Sanierung in der Nordstadt. Sanierung heißt: Abriß von billigem Wohnraum, die Errichtung von teuren Mietwohnhäusern oder Bürobetonklotzen und die Zerstörung des Stadtbildes.

Das Haus in der Heisenstraße wird jetzt leerstehen und langsam weiterverfallen, wie so viele andere bewohnbare Häuser, die jetzt aus Profitgründen leerstehen. Die ehemaligen Bewohner müssen in die Betonsilostädte, die wie ein Krebsgeschwür am Stadtrand aus dem Boden wuchern, ausweichen. Bekanntschaften und Freundschaften werden unmenschlich auseinandergerissen, alte Leute werden ganz einfach in „Altersheime" umgesiedelt — zwangsweise, versteht sich.

Zur Vorgeschichte des Hauses:
Das Haus Heisenstr. 31 wurde um 1850 erbaut, die beiden Hinterhäuser noch früher, und es ist eins der wenigen alten Fachwerkhäuser in Hannover. Diese Häuser sind noch sehr gut bewohnbar. Die Mieter wurden vom Hausbesitzer einfach rausgeekelt oder gekündigt. Er ließ das Haus verfallen und sperrte der noch verbleibenden Mietpartei ganz einfach das Wasser ab. Der Hausverwalter Knies trug sein übriges zu Zerstörung bei. Er ging hin und zerschlug die Fensterscheiben der beiden Hinterhäuser. Der Besitzer will, im Zuge der Nordstadtsanierung, die Häuser abreißen und dafür gewinnträchtigere Bauten erstellen. Anfang März wurde das Haus also von einigen Leuten besetzt, um die fiesen Machenschaften des Herrn Richter zu vereiteln.
(siehe auch ID 246)

LEBEN IN DER PROVINZ

Bad Schussenried
11. September

Über die Schwierigkeit, in der Provinz zu leben und politisch zu arbeiten, haben die Freunde vom 'Motzer' ein Gespräch geführt, das angesichts einer wachsenden Zahl von Freunden des Landlebens von Interesse sein mag.

"Weil es einem von uns ungemein schwer gefallen ist, zu diesem Thema etwas zu Papier zu bringen (trotz mehrmaliger Versuche), haben wir uns einfach mal an einem Abend zusammengesetzt und über dieses Thema geredet.

Wir waren zu viert: Hanspeter (21), Oswald (23), Reinhard (22) und Roger (22). Zwei von uns sind Einheimische, die andern zwei leben aus beruflichen Gründen seit rund 3 Jahren in Bad Schussenried, werden aber in nächster Zeit weggehen (müssen). Alle vier sind wir politisch engagiert - beim MOTZER oder beim JUZE -, was sich im Verlauf der Diskussion als wichtiges Erfahrungsmoment herausstellte.

WAS ASSOZIIEREN WIR MIT DEM BEGRIFF "PROVINZ"?

Reinhard: Kleinbürgerlicher Mief!

Roger: Provinz ist nach wie vor ein abwertender Begriff.

Hanspeter: Nix los, Tratsch!

Oswald: Für mich ist Provinz auch Heimat, hier bin ich aufgewachsen, kenne die Leute. Allerdings assoziere ich mit dem Begriff "Provinz" - entsprechend der gesellschaftlichen Einschätzung/Geringschätzung - auch Rückständigkeit, Hinterwäldlertum, was ich aus der eigenen Erfahrung allerdings nicht bestätigen kann.

UNSERE ERFAHRUNGEN MIT DER "PROVINZ"

Roger: Wenn man sich hier betätigt, hat man Resonanz. Allerdings wirken sich negative Reaktionen in der kleinstädtischen Öffentlichkeit oft auch auf die Familie aus. Wenn der Bürgermeister plötzlich Familienangehörige nicht mehr grüßt, weil der Sohn z.B. beim MOTZER mitarbeitet, wird das als persönliche Schmach empfunden und führt in der Familie zu heftigen Diskussionen.

Oswald: Das kann ich voll bestätigen. "Wegen Dir kommt die ganze Familie in Verruf" oder dergleichen, ist oft zuhause als Argument zu hören. Die Rücksicht auf die Umwelt - jeder kennt fast noch jeden - spielt eine enorme Rolle und äußert sich stereotyp in der Frage: "Was werden wohl die Nachbarn davon halten? "

Hanspeter: Ich sehe vor allem die Möglichkeit, die Menschen in der Kleinstadt mit relativ einfachen Mitteln aufzurütteln. Wenn hier was in der Zeitung steht über's JUZE, dann werde ich im Betrieb oder sonstwo sofort von den Leuten darauf angesprochen. Auch die Reaktionen, die der MOTZER zeitigt, halte ich in einer größeren Stadt für unmöglich. Da liest der sogenannte "einfache Bürger" ein solches Blatt überhaupt nicht.
Hier kann man sich schon Gehör verschaffen, wenn man nur als geschlossene Interessengruppe auftritt. Ich glaube, das JUZE hat das mit seiner kurzen Geschichte bewiesen.

Reinhard: Ich würde aber sagen, daß einer, wenn er nur will, in der Provinz genauso anonym leben kann, wie in der Stadt. Er braucht nur nicht öffentlich in Erscheinung zu treten.

WAS HEISST "HEIMAT"? FÜHLEN WIR UNS IN DER PROVINZ HEIMISCH?

Oswald: So wie der Begriff "Heimat" in aller Regel verstanden wird, empfinde ich ihn zunächst mal als etwas Zwanghaftes. Schließlich kann ich mir den Ort, wo ich geboren werde und aufwachse, nicht heraussuchen. Heimat, besser Wahl-Heimat, ist für mich der konkrete Ort, die Umgebung oder auch ein ortsunabhängiger Zustand, an oder in dem ich mich wohlfühle. Ich empfinde Schussenried inzwischen als Wahl-Heimat, obwohl ich mir als Einheimischer dies en Ort zunächst nicht rausgesucht habe. Ich merke das auch daran, daß ich unheimlich gern hier bin, ungern ausbildungshalber in die Stadt fahre und gern zurückkomme.

Roger: Mir geht's ähnlich. Mir stinkt's jeweils auch, wenn ich nach Reutlingen zum Studieren fahre. Ich fühle mich hier wohl, möchte auch nie in der Stadt leben. Ich habe außerdem die Erfahrung gemacht, daß kulturell die Biberacher Gegend Mittelstädten eineswegs nachsteht. Das Biberacher Kinoprogramm hält beispielsweise einigen Vergleichen stand.

Reinhard: Das kann bei euch natürlich auch andere Gründe haben. Ihr fahrt praktisch aus der Provinz zur Arbeit, zum Studieren in die Stadt. Und dort müßt

ihr was tun, was mit Leistungsdruck verbunden ist. Das kann euch abschrecken und unterschwellig dann der Stadt angelastet werden.

Hanspeter: Für mich geht Heimat, das Sich-Wohl-Fühlen, einher mit Übersichtlichkeit, Kompaktheit, was in einer Kleinstadt zweifellos eher gegeben ist. Und in vertrauter Umgebung fühle ich mich eben auch heimischer.
Außerdem - und das ist für die politische Arbeit ganz entscheidend - führt diese Vertrautheit mit der provinziellen Umwelt dazu, daß man ständig auf seine Tätigkeit Rückmeldungen erfährt. Das ist ungemein wichtig. Ich halte politische Arbeit in den Städten für viel unpersönlicher und damit frustrierender.

BILDEN WIR NICHT EIN GHETTO IN DER PROVINZ?

Reinhard: Die Gefahr ist durchaus da . Wir haben unsere Insider-Verhaltensweisen, sind eine verschworene Gruppe von Linken, die in der stockkonservativen Umgebung eine Insel bilden. Ich frage mich, ob sich diese Insel nicht mit dem linken Scene-Ghetto z.B. der Frankfurter Spontis vergleichen läßt.

Hanspeter: So kann man das nicht sehen. Wir haben tägliche ja stündliche Außenkontakte zu Leuten, die nicht zu unserem direkten Freundeskreis gehören. Wir reden ganz selbstverständlcih mit ihnen, arbeiten in der JUZE-Initiative oder im Betrieb mit ihnen zusammen und glauben doch manchmal, Außenstehenden unsere Vorstellungen vermitteln zu können. Die ständigen Reaktionen auf unsere politische Arbeit beweisen doch, daß wir uns nicht im Ghetto befinden.

Roger: Sicher darf man das auch nicht überschätzen, weil das Bedürfnis nach Sensation in der Provinz eben groß ist. Die Menschen hier sind (noch) nicht so reizüberflutet, wie die in den Städten. Hier geben DEMOS, Sitins oder verbale Attakken auf die örtlichen Honoratioren noch Gesprächsstoff für Wochen und Monate. Außerdem lassen sich hier solche politischen Aktionen nicht so einfach kriminalisieren, eben weil die Beteiligten bekannt sind. Man sieht bei der DEMO sogar den Sohn vom Pfarrer, der da schafft bei der und der Firma, den kenn ich - und schon ist es aus, die Leute einfach "Linksradikale" abzutun, die man als anonyme Sündenböcke sonst gern sofort an die Wand stellen möchte. Das klingt vieleicht unglaubhaft, aber...

Oswald: Ja, genau, das ist einwichtiger Gesichtspunkt. Trotz der oft spießigen Kleinbürgermoral, einer oft stockkonservativen Grundhaltung vieler Leute, hier doch anerkannt, wenn sich jemand offen zu seiner eigenen Meinung bekennt, die durchaus total von der üblichen Norm abweichen kann. Dann werden in der Provinz manchmal sogar DEMOS oder Sit-ins als Widerstandsformen hingenommen. Es gibt vor allem bei der älteren Generation eine Art Toleranz, die aber von der Persönlichkeit des Andersdenkenden abhängt.
Dies erfordert bei uns aber die Bereitschaft, auf die Menschen einzugehen, auch wenn wir ihre Ansichten in keinster Weise teilen. Ich habe jetzt schon öfters erlebt, daß alteingesessene Schussenrieder nach Diskussionen mit Leuten vom MOTZER gesagt haben: "Das hat mir jetzt gefallen, daß man mit euch reden kann. Ihr habt zwar ganz andere Ansichten, aber es ist ganz interessant, auch die zu erfahren."

Reinhard: Man darf das aber nicht verallgemeinern. Das hängt hier in Schussenried auch ganz eindeutig vom Bekannheitsgrad einiger "Oppositioneller" ab.

WAS EMPFINDET JEMAND, DER HIER WEGGEHT?

Hanspeter: Für mich ist das zur Zeit akut und es beschäftigt mich ziemlich. Eigentlich bleibe ich zwar in der Provinz, obwohl ich in eine deutlich größere Stadt wie Schussenried verschlagen werde. Aber es fällt mir schwer, hier aus der vertrauten Umgebung wegzugehen. Ich habe hier viel Freunde und Bekannte, hatte durch die Arbeit im JUZE auch eine politische Heimat, die nicht so einfach zu ersetzen ist.

Reinhard: Ich habe in den letzten 8 Jahren schon mehrere Wohnortwechsel mitgemacht. Aber es fiel mir sicher nie so schwer, irgendwo wegzugehen, wie hier aus Schussenried. Das hängt natürlich von den Intensität der Beziehungen ab und die sind hier eben besonders ausgeprägt.

Oswald: Hängt diese emotionale Schwelle aber ursächlich mit der provinziellen Umgebung zusammen?

Reinhard/Hanspeter: Wir glauben nicht , daß das provinzspezifisch ist. Das ist wohl natürlich, daß man davor Angst hat, jetzt woanders wieder einen ganz neuen Bekanntenkreis erschließen zu müssen, wieder heimisch zu werden.

VERHÄLTNIS STADT - PROVINZ

Oswald: Ich finde es wichtig, daß gerade politisch aktive Leute in der Provinz Erfahrungen aus den Städten verarbeiten und hier umsetzen. Man darf Provinz und Stadt nicht voneinander isoliert sehen. Hier besteht gerade für die politische Alltagsarbeit eine Wechselbeziehung. Wobei allerdings noch einmal

zu betonen ist, daß die Arbeit in der Provinz einfacher ist, weil sich hier viele Aktionsformen noch nicht so verbraucht haben, wie in den Städten

Reinhard: Daß die anfangs hilflosen Reaktionen der Schussenrieder Stadtverwaltung auf öffentlichkeitswirksame Aktionen des JUZE aber langsam einer überlegteren Strategie weichen, läßt längerfristig darauf schließen, daß sich diese Mittel auch hier mal verbrauchen.

Roger: Man darf allerdings nicht vergessen, daß bis dahin viele - vor allem junge Leute - doch einen politischen Sozialisationsprozeß mitgemacht haben, der gerade in der Provinz zu spürbar unangepaßteren, selbstbewußteren Verhaltensweisen führt. Und das halte ich durchaus für einen Erfolg.

STRASSENRECHT UND MEINUNGSFREIHEIT

Manchmal beschleicht einen das Gefühl, politische Aktionen in Bürgerinitiativen oder anderswo müßten hierzulande notwendig kriminell sein. Das Subjektive der Kriminalisierung ist die Angst vor behördlicher Verfolgung, die Folge Hemmung des Protests. Gleichwohl existieren eine Reihe von Aktionsformen, die rechtlich nicht zu beanstanden sind. Eine verfassungskonforme Auslegung der einschlägigen Gesetze ergibt:

Demonstrationen und Kundgebungen
genießen Grundrechtsschutz aus Art. 81 GG und bedürfen insbesondere keiner behördlichen Erlaubnis! Allerdings besteht Anmeldepflicht, das Beschränkungsinstrumentarium ist ergiebig und wird wohl noch ergiebiger werden. Soweit die "öffentliche Sicherheit" und "Ordnung" dies erfordern, kann ein Verbot ausgesprochen werden, kann Auflösung erfolgen und können Auflagen erteilt werden.
Da die Problematik des Demonstrationsrechts ziemlich bekannt ist, sei vielmehr auf die übrigen, vielfältigen Möglichkeiten der Nutzung öffentlicher Straßen hingewiesen.

Flugblattverteilen und Zeitungsverkauf

Nach inzwischen fast ständiger Rechtssprechung ist beides erlaubnisfreier Gemeingebrauch öffentlicher Straßen und daher ohne weiteres rechtsmäßig. Denn der Gemeingebrauch öffentlicher Straßen umfaßt nicht bloß den Fortbewegungsverkehr, sondern auch die Kommunikation der Passanten untereinander (OLG Düsseldorf, U.v. 6.2.75 OLG Ffm. Beschl. v. 1.9.75; OLG Stuttgart, Beschl. v. 25.9.75 = die Polizei 1976, 201)

Info-Stände
Auch Infostände genießen Grundrechtsschutz aus Art. 51 GG. Dennoch sind die Gerichte davon entfernt, auch hier erlaubnisfreien Gemeingebrauch anzunehmen. Man/frau braucht also eine Sondernutzungserlaubnis!
Es bestehen aber gute Aussichten, daß auch der Infostand von der Rechtssprechung als Gemeingebrauch angesehen wird, zumal der Übergang fließend ist: mehrere Leute mit Bauchläden oder ein gezogener Handwagen erfüllen denselben Zweck, obgleich von einem festen Verkaufsstand nicht die Rede sein kann.
Also: Phantasie statt Tapeziertisch!

Straßenmusik- und -theater
liegen ebenfalls im Grenzbereich von Gemeingebrauch und Sondernutzung. Deshalb gilt nicht nur hier: Ein Bußgeldverfahren riskieren und durch Einlegen von Rechtsmitteln eine gerichtliche Überprüfung anstrengen! Geschieht dies massenhaft, kann sich in der Rechtssprechung eine neue Rechtsauffassung durchsetzen.

Plakatieren
Das Aufstellen eigener Plakatwände ist (erlaubnispflichtige) Sondernutzung. Schließlich rückt jedes Plakatieren in die Nähe strafbarer Sachbeschädigung. Das ist nicht der Fall, wenn
– der Eigentümer einwilligt,
– nicht mit Klebestreifen gearbeitet wird,
– ein altes Plakat überklebt wird.
Da jedoch die meisten Verfahren wegen Plakatierens politische Entscheidungen sind, ist es am sinnvollsten, jeglichen Behördenkontakt zu meiden.

Schlußfolgerungen
Es gibt also eine Reihe von Möglichkeiten, ohne behördliche Kontrolle und Erlaubnis öffentliche Straßen zur politischen Aktion zu nutzen. Ein Einschreiten der Ordnungsbehörden führt bei Einlegen von Rechtsmitteln zur gerichtlichen Überprüfung. Zur Zeit bestehen (noch) Aussichten, daß die Gerichte der Meinungsfreiheit mehr Substanz zusprechen als die Polizei.
(aus BLATT, Nr. 128, Stadtzeitung für München)

BUNDESWEHR MACHT RÜCKZIEHER

FRANKFURT 13. September *Liebe ID'ler, ich bitte euch um Veröffentlichung folgender mutmachender Meldung:*

„Am 29.8.78 erhielt ich eine Einberufung zur Bundeswehr zum 2.10.78. Der ganze Papierkram samt Wehrpaß schickte ich mit einem Widerspruch ans Kreiswehrersatzamt zurück. Den Widerspruch begründete ich mit der Ablehnung von allem, was mit Militär und Militarismus zu tun hat, im speziellen mit der Ablehnung der Wehrpflicht und ihren Auflagen. Ich erinnerte an den Aktenberg meiner dreiinstanzigen Kriegsdienstverweigerung (deren Ergebnis: Gewissenlosigkeit). Wärmstens empfahl ich die Lektüre der beigefügten Plattform der Gruppe ‚Kollektiver gewaltfreier Widerstand' gegen Kriegs- und Ersatzdienste.

Am 8.9.78 wurde darauf die Einberufung widerrufen und eine Ladung zu einer ärztlichen Untersuchung angekündigt. Denn da muß doch was krank sein, versteht sich auch. Also, an all den Wind geschrieben sein wird, versteht sich auch. Also, an all die lieben Leut', die Bundeswehr oder Zivildienst vor sich haben oder machen, mensch kann sooo unausstehlich sein, und an all die Älteren: der Wehrpaß kann auch an seinem angestammten Platz verstauben...

Kontakt: **Gruppe K.G.W. gegen Kriegs- und Ersatzdienste, Koordination: Zülpicherstr. 234, 5000 Köln 41, Dieter Schöffmann.**

‚SICHERHEIT DER BRD UNTERGRABEN ...."

WÜRZBURG 14. September *Am 25. September soll vor der Staatsschutzkammer Bamberg gegen die Chemiestudentin Doris Rüb wegen „verfassungswidrigen Einwirkens auf die Bundeswehr" verhandelt werden. Dazu erhielten wir eine Presseerklärung:*

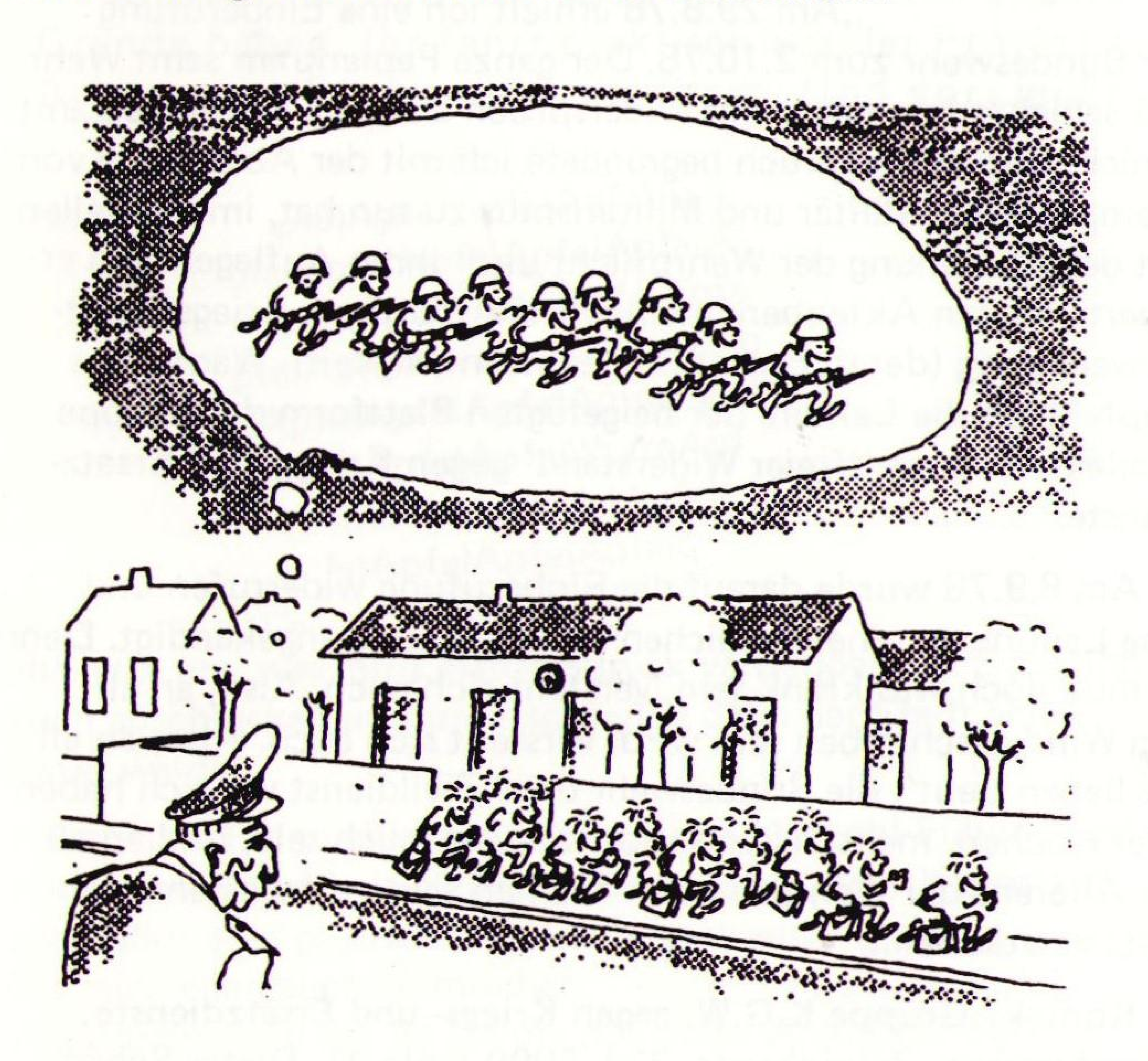
Die unterzeichnenden Gruppen und Organisationen wenden sich mit einer Presseerklärung an die Öffentlichkeit, um auf einen Strafprozeß aufmerksam zu machen, der am 25. September vor der Staatsschutzkammer Bamberg stattfinden soll.

Angeklagt in diesem Prozeß ist die Würzburger Chemiestudentin Doris Rüb. Die Anklage sützt sich auf die Tatsache, daß Doris Rüb für einige Ausgaben der vom Soldaten- und Reservistenkomitee Unterfranken (SRK) herausgegebenen „Militärzeitung" verantwortlich zeichnete. Die „Militärzeitung" wurde zwischen Mai und September 1977 in Würzburg, Hammelburg und Wildflecken verteilt.

Laut Anklageschrift wird Doris Rüb vorgeworfen, planmäßig auf Angehörige Der Bundeswehr eingewirkt zu haben, um deren pflichtgemäße Bereitschaft zum Schutz der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und deren verfassungsmäßigen Ordnung zu untergraben und sich damit absichtlich gegen die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und gegen Verfassungsgrundsätze vergangen zu haben."

Strafbar ist nach Auffassung der Anklagebehörde, die ständige Anprangerung der Bundeswehr als einer agressiven Armee, die nicht Verteidigungszwecken, sondern den Interessen weniger Kapitalisten diene und in der die Rechte der Soldaten mißachtet würden. (Sinngemäß aus der Zusammenfassung der Anklageschrift zitiert.)

Der Prozeß gegen Doris Rüb steht in der Reihe der Angriffe gegen antimilitaristische Publikationen. Er stellt einen weiteren Angriff auf die Presse- und Meinungsfreiheit dar. Die besondere Bedeutung von Prozessen, wie dem gegen Doris Rüb, besteht darin, daß es hier schon nicht mehr bestimmte Handlungen sind, die zu Einschüchterungsversuchen und Anklageerhebungen führen, sondern bereits die einfache Äußerung und Verbreitung von mißliebigen Ansichten über die Bundeswehr.



Das Verfahren gegen Doris Rüb erhält nicht zuletzt dadurch eine besondere Brisanz, daß es durch eine Anzeige des Inspekteurs des Heeres, d.h. direkt durch das Verteidigungsministeriums eingeleitet wurde. Das sagt einiges über die Bedeutung aus, die mensch von Seiten der Staatsanwaltschaft und vor allem von Seiten der Bundeswehr diesen Verfahren beimißt. In vergleichbaren Fällen wurden die Angeklagten zu je neun Monaten ohne Bewährung verurteilt. Das Gericht kann jedoch bei seiner Strafzumessung bis zu einer Gefängnisstrafe von fünf Jahren gehen. Die unterzeichnenden Organisationen protestieren gegen das Verfahren und fordern sofortige Einstellung.

Das Antifaschistische Komitee und die unterzeichnenden Organisationen werden in der Zeit bis zum Prozeß versuche, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit durch Unterschrifts-Flugblatt und ähnliche Aktionen auf das Verfahren gegen Doris Rüb zu lenken.

Sypathisanten des Kommunistischen Bunds (KB, Studiobühne Würzburg

Antifaschistisches Komitee, Kommunistische Studentengruppen (KSG), Revolutionärer Jugendverband Deutschlands (RJVD)

Kontakt: **Antifaschistisches Komitee Würzburg, c/o Sprecherrat, Studentenvertretung der Universität Würzburg, Jahnstr. 1, 8700 Würzburg.**

AMERIKANISCHE SOLDATEN BEKÄMPFEN DAS REFORGER-MANÖVER

HEIDELBERG 13. September Die amerikanische Soldatenzeitung „FighT bAck" (FTA = Fuck The Army), die seit 1976 in Heidelberg mit über 40 Nummern erschienen ist, hat eine Sondernummer für die am Reforger-Manöver der NATO beteiligten Soldaten herausgebracht. Reforger findet vom 19. bis 26. September hauptsächlich in Hessen, aber auch in anderen Bundesländern statt und soll zeigen, wie schnell die Amerikaner ihre Truppen in Europa verstärken können. Dabei wird den Soldaten auch erklärt, daß sie möglicherweise gegen Terroristen in Deutschland eingesetzt werden könnten. Sie werden per Befehl gezwungen, ihre Panzer und Autos quer über die bestellten Äcker zu steuern, weil ja auf den Straßen die Russen und die Terroristen lauern könnten. Die meisten machen das (viele kommen selbst vom Land) äußerst ungern, finden das ganze Manöver sinnlos, trauen sich aber nicht, mit den Deutschen darüber zu reden.

Die Redaktion von FighT bAck sucht daher Deutsche, die bereit sind, die Zeitung gegen das Manöver an amerikanische Soldaten zu verteilen, um so den Kontakt herzustellen. (Insbesondere bei Fulda und in Nordbayern).

Kontakt: FighT bAck, Ingrimstraße 28, 6900 Heidelberg

Max Watts/ID

POLIZEI ? NEIN DANKE !

GIESSEN, 12. September In der Giessener Zwei-Wochenzeitung 'Elephantenklo —Nachrichten von unten' berichtet ein Betroffener über Erfahrungen, die er gemacht hat, als er versuchte, Informationen, die er an die Polizei gegeben hatte, wieder zurückzuholen. Adresse Elephantenklo: Leihgesterner Weg 16, 6300 Giessen, Tel.: 0641/721 43

"Letztes Jahr im Sommer habe ich mein altes Motorad verkauft. Der Käufer war ein sympathischer Typ, "Freaky", ich gab ihm das Ding mit, das Geld wollte er am nächsten Tag bringen. Ich sah ihn nicht wieder, das Motorad auch nicht.

Eben weil der Typ aussah, als wäre er einer "von uns" war ich doppelt sauer, daß er mich übers Ohr gehauen hatte. Er hatte zwar gesagt, wo er wohnt, war aber dort nie zu erreichen (gemeldet schon gar nicht, aber wer ist das schon), Einschreiben kam zurück. Immerhin konnte ich erfahren, daß er vor kurzem hier bei der Bundeswehr war. Dort haben sie seine "Heimatadresse", zumindest also eine, wo er mal ordentlich gemeldet war, mit der wäre ich schon ein Stück weiter, die geben die aber an normale Leute nicht raus (an sich ja auch gut so, wegen Datenschutz). Auch übers Einwohnermeldeamt konnte ich da nicht rankommen, mit Zahlungsbefehl, "Zivilklageweg", kam ich nicht weiter, das geht auch nur, wenn man eine "zustellungsfähige Adresse" hat.

Weil ich nun endlich an mein Geld wollte, dachte ich, ich wäre besonders schlau, wenn ich mich an die Staatsgewalt wende. Ich schrieb also einen Brief an die Gießener Staatsanwaltschaft, schilderte die Sache, und bat, sie sollten doch bei der Bundeswehr mal die Adresse holen. Ich malte mir aus,

wenn ich erst mein Geld hätte, könnte ich als einzig "Geschädigter" (und einziger Zeuge) das schon irgendwie so drehen, daß ihm nicht allzuviel anzuhängen wäre.

Die Staatsanwaltschaft begann dann auch, wie auf Knopfdruck zu arbeiten: Ich bekam eine Einladung zur Kripo, Betrugsdezernat, schilderte die Sache noch mal, die machten ein schönes Protokoll. Die Adresse gaben sie mir nicht. Langsam dämmerte es mir, auf was ich mich da eingelassen hatte. Der Typ war abgetaucht, er wird seine Gründe gehabt haben; vielleicht war seine Bundeswehr-Zeit noch gar nicht vorbei und er hats nur nicht mehr ausgehalten (ein verständlicher und ehrenwerter Grund, das Weite zu suchen) oder weiß der Teufel was, Gründe gibts wirklich genug. Wenn der jetzt gegriffen wird oder aus eigenem Entschluß wieder auftauchen will (auch dafür gibts Gründe), vielleicht kann er sich dann noch mal rausreden oder er käme sonstwie glimpflich davon, und ich Arschloch muß ihm auch noch nen Betrug anhängen!

Wie wenig es die Bullen interessiert, was i c h davon halte, wie wenig ich noch Kontrolle über die Sache habe, wurde mir brutal klar, als ich von o.g. Protokoll (von meiner eigenen Aussage!) eine Durchschrift haben wollte: Das gehört jetzt zu den "Ermittlungsakten im Fall sowieso", und da ist mir Einsicht (geschweige denn kopieren) versagt; rien ne va plus!
Bleibt mir nur, die Lehre, die ich gezogen habe, weiterzuempfehlen:
Nie, unter keinen Umständen irgendwas den Bullen in die Finger geben, was die haben, das haben sie!
Mit denen gibt es keine Zusammenarbeit, die stehen auf der anderen Seite der Barrikade, wir haben mit denen nichts zu schaffen!

PRESSEMITTEILUNG DER GEFANGENEN–GRUPPE NÜRNBERG

NÜRNBERG, 12. September — Von der Gefangenengruppe:

Am Donnerstag, den 7.9.78 um 14 Uhr war eine Hausdurchsuchung im Laden der Gefangenengruppe.

Begründung: Verdacht der Sachbeschädigung durch Sprühen von Parolen an Häuserfassaden und Verteilerkästen.
Angeblicher Sachschaden: 20 000 DM.
Bei der polizeilich–vernichtungsstrategischen Aktion wurden sämtliche Unterlagen im Zusammenhang mit Gefangenenarbeit beschlagnahmt. Bezeichnend ist dabei die Beschlagnahmung aller Unterlagen über den "mysteriösen" Tod des Gefangenen Günther Braun!!!

Aus dieser Aktion resultiert:
1. Die Gefährdung der Gefangenen, deren Unterlagen, Briefe etc. beschlagnahmt wurden.
2. die Klärung des Todes Günther Brauns wird verzögert bzw. verhindert.
3. die Gefangenengruppe wird von der Bevölkerung kriminalisiert.
4. Die Gefangenengruppe steht unter Verdacht der kriminellen Vereinigung (§ 129 StGB)

Vier Leute der Gefangenengruppe wurden festgenommen: Karl Heinz Kuhn auf Grund der angegebenen Beschuldigungen verhaftet, gegen Michael Maier lag bereits Haftbefehl vor."

Kontakt: Gefangenengruppe, Humboldtstr. 88, 8500 Nürnberg Tel.: 444624

ANWALTSPOST DARF GEÖFFNET WERDEN

KASSEL 14. September — *Gegen den Erlaß des Hessischen Ministers der Justiz vom 10.8.1978 hat Rechtsanwalt Horst Korte, Friedrich-Ebert-Str. 149, 3500 Kassel, Tel. 0561/ 77865 Rechtsmittel eingelegt. Auf diesen Erlaß bezieht sich der Leiter der JVA Schwalmstadt:*

„Unter Bezugnahme auf Ihr Schreiben vom 6.9.1978 teile ich mit, daß ich gemäß dem angeführten Bezugserlaß gehalten bin, daß eingehende Anwaltspost, die mit einer Briefmarke frankiert und auf dem Umschlag das Anwaltsbüro als Absender gestempelt oder gedruckt ist, diese Art von Verteidigerpost in Anwesenheit eines Beamten vom Gefangenen öffnen zu lassen, um somit feststellen zu können, daß es sich tatsächlich um Verteidigerpost handelt; hierbei hat der Bedienstete lediglich festzustellen, ob der im Briefkopf angegebene Anwalt mit dem Abs Absender angegebenen identisch ist.
Hochachtungsvoll, Im Auftrag Steinbrecher.

DER TOD VON KALKAR

BOCHUM 31. AUGUST — *Die folgende Geschichte ist eine von zehn Fortsetzungen aus dem „Bochumer Volksblatt". Die Darstellung - frei erfunden - entspricht den bisher unfreiwillig veröffentlichten Katastrophenschutzplänen (im wesentlichen Katastrophenschutzplan Fessenheim, dokumentiert vom „Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie", Postfach 45, 3400 Göttingen).*

„Bereitschaftsdienst 4. Kompanie 120 Sachen aufnehmen und raustreten. Antreten in fünf Minuten hinter der Sperre!" Der Befehl erreicht ihn, als er sich gerade die zweite Zigarette ansteckt. Aber für Essen und Pause ist hier keine Zeit. Er greift nach seinem G 3, hängt sich die ABC-Schutzmaske und den Stahlhelm um und begibt sich zum Sammelpunkt. Das Antreten ist kurz, denn auf Formalitäten wird jetzt nicht mehr so großen Wert gelegt. Der Oberleutnant sagt es kurz und klar: „Empfangen sie drüben im Zelt Munition und begeben Sie sich wieder hierher". Warum Munition, warum scharfe Munition? — Gut, an der Sperre herrscht das totale Durcheinander. An einigen Stellen ist es auch schon zu Handgreiflichkeiten gekommen, wenn einzelne verstrahlte Personen mit Gewalt versuchten, in die strahlenfreie Zone zu gelangen. Aber weshalb gleich scharfe Munition? Wer schießt denn auf Zivilisten, die lediglich versuchen, ihr Leben in Sicherheit zu bringen? „Das meinen sie doch nicht im Ernst!" — der Kamarad hinter ihm hat es nur gemurmelt, aber der Soldat greift den Satz auf: „Nein, das können die auch nicht im Ernst meinen. Das ist sicherlich nur zur Abschreckung." — „Und was machst Du, wenn wir Schießbefehl bekommen? " — „Verweigern!" Klar und einfach sagt er es, aber was wird das bedeuten in so einer Situation . . .

Der Oberleutnant übernimmt wieder den Befehl. Rechts um. Ohne Tritt marsch, die kleine Landstraße entlang der Sperrzone entlang. Vereinzelt sehen sie Feldjäger mit angeschlagenen Gewehren stehen. Dann erreichen sie die Kreuzung. Ein quergestellter Jeep blockiert die Durchfahrt für zahlreiche Autos, die sich dahinter stauen. Gestikulierende Flüchtlinge reden auf die Feldjäger ein, man droht mit offener Gewalt. Verletzte werden nach vorne gebracht. Schließlich drehen einige Frauen und Männer wieder um, beraten sich und begeben sich zu einem Traktor, der weit hinter der Schlange steht. Die Fahrerin ist über dem Lenkrad zusammengebrochen. Einige Flüchtlinge legen sie sanft auf den Boden. Ein junger Mann, offensichtlich ihr Sohn, beugt sich über sie.

„Kameraden!" In altbekanntem schneidigen Ton beginnt der Oberleutnant seine Ansprache: „Kameraden! Ihr wißt, wir befinden uns in einer Ausnahmesituation. Die Regierung hat für dieses Gebiet den Nationalen Notstand ausgerufen. Jetzt versuchen verstrahlte Personen mit Gewalt in die strahlenfreie Zone einzudringen. Soldaten – sie gefährden damit tausende anderer Menschen. Auch uns. Wir haben den Auftrag, das zu verhindern. Es ist richtig, daß unsere Hilfstruppen zur Zeit etwas überfordert sind, aber es werden weitere Truppen eintreffen. Kameraden – ihr seht selber, daß diese Personen unzurechnungsfähig in Panik handeln und damit andere gefährden. Unser Auftrag ist es, die übrige Bevölkerung davor zu schützen. Ich weiß, daß es euch nicht leicht fallen wird. Mir geht es genauso. Aber – Soldaten – denkt an unseren Auftrag. Wenn ich jetzt den Befehl zur Feuereröffnung gebe, erwarte ich unbedingten Gehorsam. Seit euch darüber im Klaren, daß ihr es zum Schutze der übrigen Bevölkerung tut. Die erste Salve wird über die Köpfe abgefeuert. Danach – Kameraden – werden wir scharf feuern. Ich erwarte von euch unbedingte Disziplin. Ist das klar? Kompanie – Achtung! In die Stellungen marsch!"

Die Soldaten verteilen sich entlang der Sperrzone. Dann tritt der Oberstleutnant vor an die Sperre, in der Hand ein Megaphon. Bruchstückhaft hören sie die Worte . . . „Nationaler Notstand . . . Gefährdung der öffentlichen Sicherheit . . . Hilfstruppen kommen . . . keine Panik . . . Bürgerpflicht . . . " Und dann: „ . . . andere Mittel . . . erste Warnung . . . Feuereröffnung . . . Befehl von oben . . . bitte besinnen Sie sich . . . " In den Reihen der Flüchtlinge kommt noch mehr Unruhe auf, man berät sich. Der Soldat kann sie über das Dach des Jeep hin sehen. Männer und Frauen, wild diskutierend, Väter die zu den Autos rennen, Mütter mit Kindern auf den Armen, Regenkleidung und Kopftücher tief ins Gesicht gezogen, Väter, die ihre Söhne zurückhalten wollen.

Und dann Menschen um den Traktor herum. Er sieht die Frau, die plötzlich wild entschlossen auf den Fahrersitz springt, hört den Motor aufheulen. Er sieht den Traktor aus der Schlange ausscheren, sieht die Menschen in seinem Schutz nach vorne stürmen – Angst in den Gesichtern, Panik in ihren Bewegungen, die Verzweiflung, die aus ihren Handlungen spricht.

„Kompanie – Gewehre geladen und gesichert!"
„Kompanie – Gewehre auf Feuerstoß stellen!"
„Kompanie – Entsichern!"
NEIN – er hört es den Kameraden zu seiner Linken sagen. „Nein – das ist doch der helle Wahnsinn. Ich kann doch nicht auf wehrlose Frauen und Kinder schießen. Seid ihr denn wahnsinnig geworden? "

4, 6 oder 8 Soldaten werfen ihre gesicherten Gewehre weg und drehen sich um. Offene Befehlsverweigerung! Aber sie haben die Rechnung ohne die Feldjäger gemacht, die in der zweiten Reihe gestanden hatten und nur darauf gewartet haben, daß eben dies passiert. Die Soldaten sehen plötzlich entsicherte Gewehre und Pistolen auf sich gerichtet und hören die Stimme des Oberstleutnants.

„Kameraden! Ich kann eure Reaktion vollkommen verstehen, aber ich bin nicht bereit, dies zu akzeptieren, denn wir befinden uns in einem nationalen Notstand, was ihr macht, ist Gehorsamsverweigerung nach § 20 Wehrstrafgesetz, sowie, da unser Land und unser Volk bedroht sind, auch Ungehorsam nach § 19 Wehrstrafgesetz. Damit ist bereits der Versuch strafbar. Ich will aber von einer Meldung absehen, wenn ihr jetzt die Waffen wieder aufnehmt." N-E-I-N-! „Kameraden! Das kann euch 10 Jahre kosten! Ich diskutiere jetzt nicht mehr länger mit euch. Das ist meine letzte Warnung. Entscheidet euch!"

Der Soldat sieht wie zwei ihre Waffen wieder aufnehmen. Und er? Nein, er kann nicht! Er kann doch nicht einfach seine



Dies Photo ist sowohl eine Illustration unserer Fiction-story als auch eine Erinnerung an die Kalkardemonstration vom 24.9.77 (siehe ID 197).

Waffe auf wehrlose Frauen und Kinder richten, einfach zusammenschießen wie Vieh! "Leutnant, nehmen Sie diese Soldaten vorläufig fest. Sie haben sich strafbar gemacht nach § § 19, 20 WStG!"

Abrupt dreht sich der Oberstleutnant auf dem Absatz um und spricht zu den anderen Soldaten gewandt, während die Verhafteten von Feldjägern mit angeschlagenen Gewehren zu den Fahrzeugen geführt werden. „Kameraden – ihr habt gesehen, was mit Leuten passiert, die den Befehl verweigern. Und laßt euch gesagt sein: die sind noch gut weggekommen. Früher hätten wir solche Subjekte sofort erschossen – kurzen Prozeß hätten wir da gemacht. Soldaten – ich wünsche, daß nicht noch so ein unangenehmer Zwischenfall passiert. Ihr wißt, was das ganze Volk in so einer Situation von euch erwartet. Und denen, die sich noch rechtzeitig entschieden haben, möchte ich sagen, daß ich keine Meldung machen werde. – Aber ich erwarte deshalb besonderen Einsatz von Euch. Ich werde speziell darauf achten. Und jetzt – ihr seht, die verstrahlten Personen geben noch immer keine Ruhe. Kompanie - Achtung! In die Stellungen, marsch!"
„4. Kompanie 120! Feuerstoß! Feuer frei!"

Der Soldat hört durch die Plane des 1,5 Tonners die Geschoßsalven, hört die Schreie der Menschen, das Röcheln der Verwundeten. Explosionen, als die Tanks der Autos in die Luft gehen. Dann das Kommando der Oberleutnants: „Kompanie – Gewehre laden und entsichern! Keiner überschreitet diese Grenze und versucht an die Verwundeten heranzukommen. Diese Personen sind verseucht. Sie sterben sowieso. Sollte jemand diesem Befehl nicht Folge leisten, braucht er gar nicht erst wiederzukommen!"

> Steigern Sie sich nicht zu tief in die Analyse der Umweltkrise hinein, sonst könnten Sie feststellen, daß bereits das Atmen gefährlich ist. Bei ihrem Hang zur Gründlichkeit kann diese Erkenntnis zum Verhängnis werden.

DOKUMENTATION ZU GROHNDE-PROZESS

BREMEN
September

Eine ausführliche Dokumentation am Beispiel von Linda aus Bremen zum Thema Kriminalisierung des Widerstands gegen AKWs ist zu erhalten bei G. Rodewald, Bernhardstr. 7, 28 Bremen 1 – gegen Vorauskasse Kto 11024858, Sparkasse Bremen, einzeln DM 8,10, ab 10 Stück DM 6,50 + Porto. Mit dem Erlös aus dem Verkauf werden die Grohnde-Angeklagten unterstützt.

KANUTEN GEGEN MOTORBOOTE

MÜLHEIM
September 78

Gegen Lärm- und Abgasbelästigung, verursacht durch die vielen Motorboote auf der der Ruhr, protestierten am 27.8.78 Mülheimer Ruderer und Kanuten. Die örtlichen Wassersportvereine wollen zusammen mit der „Landesaktion Umweltschutz NRW" auf folgende Punkte hinweisen:

ZUR SITUATION:

Die Ruhr und ihre Ufer stellen ein Gebiet mit einem Erholungswert von höchster Priorität darf. Dieser Erholungswert ist durch das Überhandnehmen des Verkehrs von Sportmotorbooten gefährdet und schon weitgehend zunichte gemacht. Erholungssuchende werden durch Lärm, Abgase und Wellenschlag belästigt. Speziell Ruderer, Kanuten und Paddler, die Wassersport als Leibesübung und Gesundheitsquelle betreiben, sind geschädigt. Gefährdet sind auch die Laichplätze der Fische in der Ruhr, die durch die starken Wellen der schnellen Motorboote beeinträchtigt werden.

URSACHE:

Die „Verordnung über die Schiffbarkeit der Ruhr" vom 2.9.63 (G.V.NW 1963, S. 311), in der die Ruhr oberhalb von Mülheim den Status einer Schiffahrtsstraße erhalten hat, und so der Verkehr mit Motorbooten ermöglicht wurde. Geplant war damals, daß die oberhalb von Essen gelegene Hüttenindustrie auf dem Wasserweg versorgt werden sollte. Durch den im Ruhrgebiet vollzogenen Strukturwandel sind diese Voraussetzungen inzwischen nicht mehr gegeben.

FORDERUNG:

Anpassung der Rechtslage an die veränderte Situation. Aufhebung der Verordnung und so die Wiederherstellung des Erholungswertes der Ruhr für die Mehrheit der Bevölkerung.

Zitiert aus einem Flugblatt der Landesaktion Umweltschutz NRW e.V.

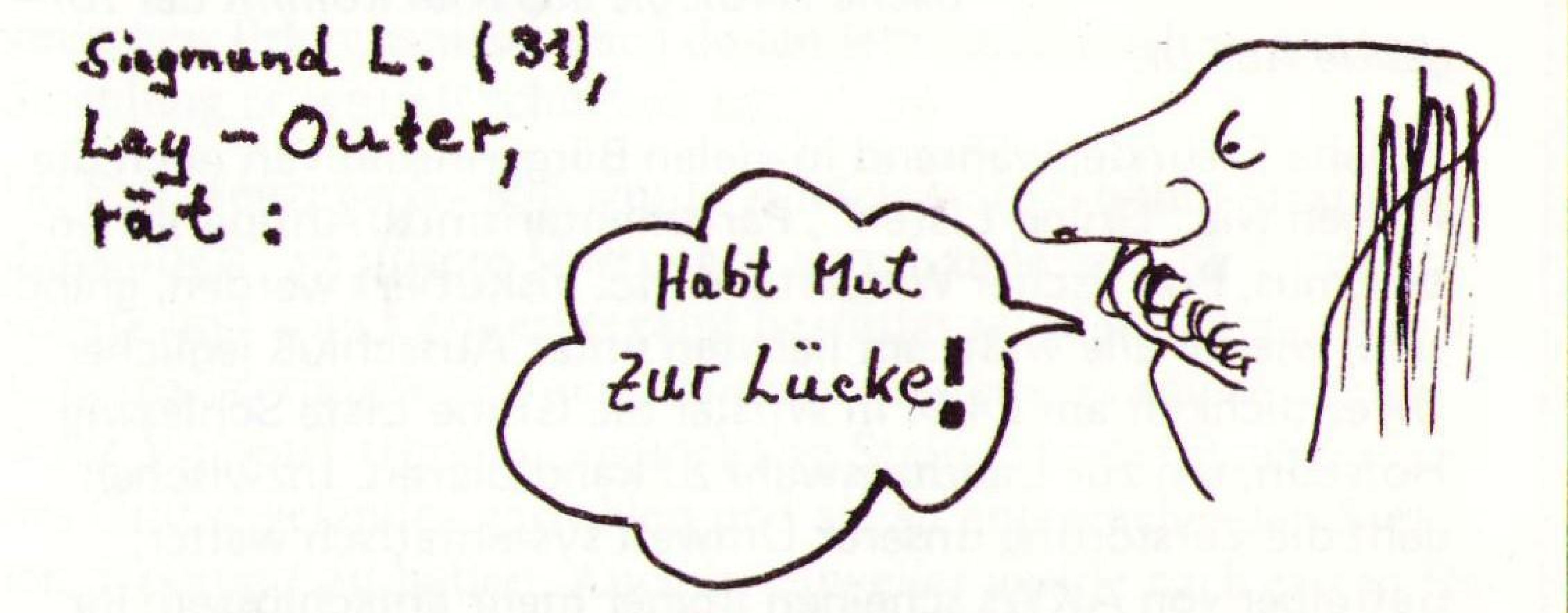
DÄNISCHE ENERGIE

KÖLN
September 78

Der Filmverleih „Neue Welt" bietet einen neuen Dokumentarfilm an: „Dänische Energie" von Per Mannstaedt und Teit Jörgensen, 16 mm Farbe, 47 Minuten und deutsch synchronisiert, zum Preis von 100 Mark.
Der Film ist als Ergänzung und Fortsetzung des Films „Mehr Atomkraftwerke" gedacht. Behandelte jener die menschenfeindlichen Technologien der Atomkraftanlagen, so versteht sich dieser als eine Antwort auf die Fragen nach einem Ausweg aus dem möglichen Energiemangel. Gezeigt wird die Konstruktion von Windrädern, Sonnenkonvektoren (?) und Bio-Gasanlagen.

Weitere Filme im Programm: „Mehr Atomkraftwerke", „Lieber heute aktiv als morgen radioaktiv", „Bilder aus Lüchow-Dannenberg", „Grohnde 19. März 1977", „Ohu 7. Mai 1977". Einen Verleihkatalog gibt es für drei Mark in Briefmarken bei

Neue Welt, W. Bergmann GmbH., Hansaring 80, 5000 Köln 1, Tel.: 0221 / 12 10 51.



INFORMATIONEN, STUDIEN GEGEN AKWs

HEIDELBERG
10. September

Das Tutorium Umweltschutz an der Uni Heidelberg hat eine ganze Reihe von Informationsblättern zu allen Bereichen der Atomenergie und Energiealternativen aktualisiert und neu aufgelegt:

Hier eine thematische Übersicht der einzelnen Hefte der 'Info Blätter Energie Alternativen':

- Nr. 1 Haushalt
- Nr. 2 Isolierungen
- Nr. 3 Sonne
- Nr. 4 Wind
- Nr.5 Biogas
- Nr. 6 Energiepolitik
- Nr. 7 Energielücke oder -lüge

Info-Blätter gegen AKWs:

K 1	16 000 Wissenschaftler gegen AKWs
K 2	Alle Standorte für AKWs in der BRD
K3	Radioaktivität und Gesundheit
K 4	Radioaktivität und Umwelt
K 5	Unfallrisiken von AKWs
K 6	Abwärmeprobleme von AKWs
K 7	Wohin mit dem Atommüll?
K 8	Die Atomenergie Propaganda
K 9	AKWs gefährden Arbeitsplätze
K 11	AKW Katastrophen
K 12	Wiederaufbereitung und Schnelle Brüter
K 13	Gefahren des Uran Bergbaus (Uransuche im Schwarzwald)
K 14	Die geplante Radio-Ökologieverordnung

Es sind 4 DIN A 4 Seiten auf Umweltschutzpapier, sehr leicht verständlich, Agitation an Büchertischen und vor allem als Erstinformation sehr gut geeignet. Einzelstücke DM 0,20, ab 40 Stück DM 0,12, ab 400 Stück DM o,08 DM
Ebenfalls vom Tutorium herausgegeben sind die Studien:

1) Radioaktive Belastung durch das AKW Obrigheim – Beispiele für behördliche Vernebelungsmethoden, 14 Seiten, DM 1,50, ab 5 Stück DM 1,30, ab 10 Stück DM 1,--
2) Radioaktive Verseuchung in der Umgebung von Atomanlagen – Analyse der amtlichen Umgebungsüberwachung (AKW Obrigheim, Bayern, Hessen, NRW und Niedersachsen), 6 Seiten, DM 4,--, ab 10 Stück DM 2,80
3) Auswirkungen bei Unfällen in AKWs und Wiederaufbereitungsanlagen, 75 Seiten, DM 5,--, ab 10 Stück DM 3,50
4) Plutonium, 60 Seiten, DM 4,--, ab 10 Stück DM 2,80

zu beziehen über BBU-Info-Versand, 67 Ludwigshafen, Horstackerstr. 24, Tel.: 0621-57 34 54

BÜRGERINITIATIVEN KONGRESS IN SCHLESWIG HOLSTEIN

RENDSBURG, 12. September — *Von der Bürgerinitiative Umweltschutz Rendsburg und vom Arbeitskreis politische Ökologie aus Kiel kommt der folgende Aufruf.*

"Liebe Freunde, während in vielen Bürgerinitiativen noch die Fragen wie "Grüne Listen", Parlamentarismus/Antiparlamentarismus, Praktischer Widerstand etc. diskutiert werden, gründet sich, wie ihr alle wißt, am liebsten unter Ausschluß jeglicher Öffentlichkeit am 24.9. in Wilster die Grüne Liste Schleswig Holstein, um zur Landtagswahl zu kandidieren. Inzwischen geht die Zerstörung unserer Umwelt systematisch weiter; Betreiber von AKWs scheinen immer mehr entschlossen, ihr Programm mit aller Gewalt durchzusetzen. Die Bürgerinitiativen-Bewegung scheint teilweise ziemlich zerschlagen zu sein.

Wir sind der Meinung, daß die Parlamentarismus-Diskussion, speziell die Grünen Listen, die Bewegung lähmt und daß eine Beteiligung von Bürgerinitiativen an den Wahlen ein falscher Schritt ist. Die Politik der Grünen in Schleswig Holstein ist für uns alle sehr schädlich gewesen. Das wird besonders klar, wenn man sich die jüngsten Presseerklärungen ansieht. Zu einer solidarischen Zusammenarbeit oder Diskussion mit der Basis ist die Grüne Liste nie bereit gewesen.

Es ist jetzt endlich an der Zeit, daß sich die Bürgerinitiativen aus Schleswig Holstein, ob rot, grün, autonom etc. zusammensetzen, um über den weiteren, eigenständigen Kampf öffentlich zu beraten. Ferner sollten wir überlegen, wie wir uns zu den Grünen verhalten wollen. Wir sollten versuchen, uns solidarisch auf Grundsätze zu vereinheitlichen, die seinerzeit gemeinsame Basis waren für die Aktionen in Brokdorf und anderswo. Deshalb laden wir mit Zustimmung der letzten Ostküstenkonferenz ein zu einem Bürgerinitiativenkongreß am 23.9., Wilster, "Zur Linde", 15 Uhr.

Ähnlich wie seinerzeit zur Rendsburger Konferenz wollen wir die endgültige Tagesordnung erst verschicken, wenn wir Rückmeldungen, Vorschläge, Arbeitspapiere etc. von anderen Gruppen haben. Wir schlagen vor, die Perspektiven und die Formen des weiteren Kampfes zu diskutieren. Dazu wollen wir AKW-Gegner aus Esenshamm einladen. Ein Punkt dieser Diskussion sollte die Frage sein, welchen Stellenwert für uns der Parlamentarismus hat und wie wir uns zu den "Grünen" verhalten. Schickt bitte Eure Vorschläge etc. an die Kontaktadresse:
Fritz Tonn, Fockbeker Chaussee 25, 2370 Rendsburg, Tel.: 04331/75330.
Spendet für die Vorbereitung! Kto. 102 643, Spar- und Leihkasse Rendsburg, B4R

GROSSDEMONSTRATION GEGEN DAS AKW BIBLIS

FRANKFURT 12. September — *Vom Vorbereitungsausschuß für die Demonstration haben wir ein Flugblatt erhalten, aus dem wir hier zitieren:*

„Am Sonntag, dem 10. September, haben sich Vertreter von Bürgerinitiativen, gewerkschaftliche Atomgegner und politische Organisationen in Darmstadt getroffen, um über ein große und eindrucksvolle Protestaktion gegen Atomkraftwerke am 1. Oktober zu beraten. Die Mehrheit der anwesenden Bürgerinitiativen sowie die Vertreter des Aktionskreis Leben (Frankfurt), der Grünen Liste Hessen (GLH) und der Grünen Liste Umweltschutz (GLU) stimmten diesem Vorschlag zu. Mensch kam überein, sich mit folgenden Punkten an alle Atomkraftgegner zu wenden:

1. soll am 1. Oktober eine Großdemonstration am Atomkraftwerk Biblis durchgeführt werden (zur Diskussion stand auch eine Demonstration in Wiesbaden, dem Regierungssitz; für diesen Vorschlag sprachen sich am 10.9. allerdings nur wenige Vertreter/innen aus);
2. soll diese Demonstration durch eine Vielzahl von dezentralen Aktivitäten vor allem in den Ortschaften um das AKW Biblis herum, durch Informationen und kulturelle Darbietungen vorbereitet werden. Besonders soll der Plutonium-Kongreß des Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) vom 22. bis 24.9. in Hanau unterstützt werden;
3. soll eine Broschüre erstellt werden, die die über 200 bisher bekanntgewordenen Betriebsstörungen und -unfälle in bundesdeutschen AKWs dokumentiert.

Dieser Vorschlag soll am Sonntag, den 17. September, in Rüsselsheim endgültig abgesprochen werden. Wir fordern alle Atomkraftgegner auf, ihre Vorstellungen dort darzustellen, damit eine möglichst große und breite Kundgebung zustandekommen kann. "

Biblis-Treffen: 17.9., 14 Uhr in Rüsselsheim, Evangelisches Gemeindezentrum, Stadtteil Königstätten, Kohlseestr, (telefonische Auskunft bei Michael Flörsheimer: 06142/ 64338).

GÖSGENER PROZESSE

ZOFINGEN/SCHWEIZ
14. September

Am 28. September, 8.15 Uhr, Stadthaus wird in Olten/Schweiz der Prozeß gegen sechs Mitglieder des SAG (Schweizerisches Aktionskomitee gegen das AKW Gösgen) eröffnet. Das SAG startet dazu eine Selbstbezichtigungsaktion, wobei die Erklärung bis zum 23.9. an das SAG-Sekretariat, Postfach 550, Rabengasse 3, CH-4800 Zofingen zu schicken ist! Folgender Text wird vorgeschlagen:

Hiermit erkläre ich, daß ich bei den gewaltfreien Besetzungsaktionen auf den Zufahrtswegen zum AKW Gösgen vom 25./26. Juni und vom 2./3. Juli 1977 zusammen mit Tausenden von AKW-Gegnern in gleicher Absicht gehandelt habe. Die Koordinationsgruppe der SAG, ca. 15 Leute, hat in diesem Zusammenhang von den Vollversammlungen klar formulierte Aufgaben übernommen — sie hat auch in meinem Auftrag gehandelt. Für die Handlungen jedes einzelnen Mitgliedes der Koordinationsgruppe übernehme ich zusammen mit allen Besetzern die volle Verantwortung. Ich bitte die zuständigen Behörden, dies zur Kenntnis zu nehmen. Weiter fordere ich die zuständigen Behörden auf, gegen mich die gleichen rechtlichen Schritte zu unternehmen, wie gegen alle Besetzer, die sich an die Beschlüsse der Vollversammlungen gehalten haben.

Voranzeige: 14. Okt., Olten: Premiere Gösgen-Film, Dauer: 1 1/2 Stunden.



DER PFÖRTNER WURDE EVAKUIERT

FREIBURG
September 78

Über den Arbeitskreis Strahlenschutz, der den Uranabbau im Schwarzwald untersucht hat, stand schon einiges im ID 246.

Zur Erinnerung: Die Polizei hat ein Mitglied des Arbeitskreises, Joachim Schnorr, verhaftet. Er wird verdächtigt, einen Mord versucht zu haben. Schnorr war mit dem Auto geflüchtet, als ein Arbeiter eines Uran-Betriebs mit der Spitzhacke auf ihn losging. Die Staatsanwaltschaft ist der Ansicht, daß er dabei jemanden habe überfahren wollen. Der Arbeitskreis schickte uns ein Flugblatt, aus dem wir einige Auszüge abdrucken:

Das Uran wird als Rohstoff für die Brennstäbe der KKW's verwendet. Die bisherige Abhängigkeit von Uran-Importen (aus USA, Sowjetunion, Südafrika, Kanada, Australien) führte zu einem angeblich drohenden Engpass nach dem Lieferstopp der USA, Kanada und Australien. Dadurch und auch durch die Erfahrung der (simulierten) Ölkrise strebt die BRD nach weitgehendster Autarkie auf dem Gebiet der AKW-Versorgung. Dies äußert sich in umfassenden Prospektionen von Uranvorkommen und Erprobung von Aufbereitungsmethoden sowohl in der BRD als auch von deutschen Firmen im Ausland. Die Lagerstätten werden durch Anlegen von Stollen für den „Eventualfall" vorbereitet. Bereits jetzt wird Uran abgebaut, jedoch wird dies im Hinblick auf die Öffentlichkeit als Forschungsauftrag oder als „simulierter Abbau" kaschiert; ebenfalls werden Aufbereitungsbetriebe als Versuchsanlagen bemäntelt. In den entsprechenden Gebieten wird die Infrastruktur (Elektrizität, Verkehrslinien etc.) ausgebaut.

Ausgangspunkt der Arbeit des Arbeitskreises waren Strahlenmessungen in Menzenschwand, wo sich die qualitativ reichste Uranlagerstätte Westeuropas befindet. Ihr Energiepotential entspricht nach amtlichen Stellungnahmen dem der Erdölvorkommen Lybiens.
Das Abraummaterial wird zum Teil zum Bau von Wegen und Parkplätzen, Anlegen von Halden und wilden Deponien verwendet. Es weist eine Radioaktivität auf, die an vielen Stellen weit über die zulässigen Werte der Strahlenschutzverordnungen hinausgehen. Dabei wird auch das Trinkwasser verseucht.

Auf dem Verladebahnhof Seebrugg, von wo aus das Urangestein in offenen Waggons zur Aufbereitungsanlage Ellweiler (Pfalz) transportiert wird, sind ebenfalls die Werte der Strahlenschutzverordnung weit überschritten.

Die weitere Arbeit bezog die Orte Ellweiler (Pfalz) bei Birkenfeld ein, wo es ein inzwischen stillgelegtes Uranbergwerk (Tagebau) und eine Aufbereitungsanlage gibt, wo die Strahlung ebenfalls um ein Vielfaches über den erlaubten Werten liegt — ebenso in Mähring und Poppenreuth (Oberpfalz) an der tschechischen Grenze, wo auch Uran abgebaut und aufbereitet wird.

Die Konzessionen dieser drei Uranbergwerke und damit der fündigen Gebiete hat die Gewerkschaft Brunhilde (angeblich privat), Vorstand: Hans Paul, ca. 86 Jahre alt, Besitzer des Gestüts Buschhof (Uetze bei Hannover). Das Bauunternehmen Dipl.Ing. Alfred Unruh, Hinterzarten, Bernau (Familienunternehmen) führt an diesen Orten die entsprechenden Arbeiten aus.

Die jeweils erstatteten Anzeigen wegen Gefährdung der Umwelt führten zur Hauptanzeige gegen den Strahlenschutzverantwortlichen dieser drei Gebiete: Hans Paul. Bis heute hat sich noch keine Staatsanwaltschaft für diese Anzeige zuständig erklärt.
Bei den Untersuchungen stützten wir uns auf die neuesten medizinischen Erkenntnisse, nach denen jede auch noch so geringe Strahlung potentiell schädlich ist.

Im Fall Menzenschwand wurde zunächst die erhöhte Strahlung dementiert; als unsere Messungen vom Landesamt für Umweltschutz und vom Landesbergamt bestätigt wurden, setzte eine Kriminalisierungswelle des Arbeitskreises ein; es wurde der absurde Vorwurf erhoben, radioaktive Steine aus der Baubaracke des Grubengeländes gestohlen und sie an entsprechenden Stellen deponiert zu haben. Auch in Ellweiler wurde nach ersten Dementis eine erhöhte Strahlung an der Aufbereitungsanlage zugegeben und folgende Maßnahmen ergriffen: Anlage eines Erdwalls um das Gelände, Abdeckung der radioaktiven Halden und Evakuierung des Pförtners aus seiner Dienstwohnung.

In Mähring erfolgten keine Reaktionen.

VERANSTALTUNGEN:

Ausstellung im Buchladen Jos Fritz, Freiburg, Wilhelmstr. 15, bis zum 30.9.78;

Veranstaltung der Volkshochschule Whyler Wald am 19.9.78, 20 Uhr im Gasthaus Deutscher Kaiser, Freiburg, Günterstalstrasse 38, zusammen mit J.-P. Piela über Uranbergbau und Umweltgefahren;

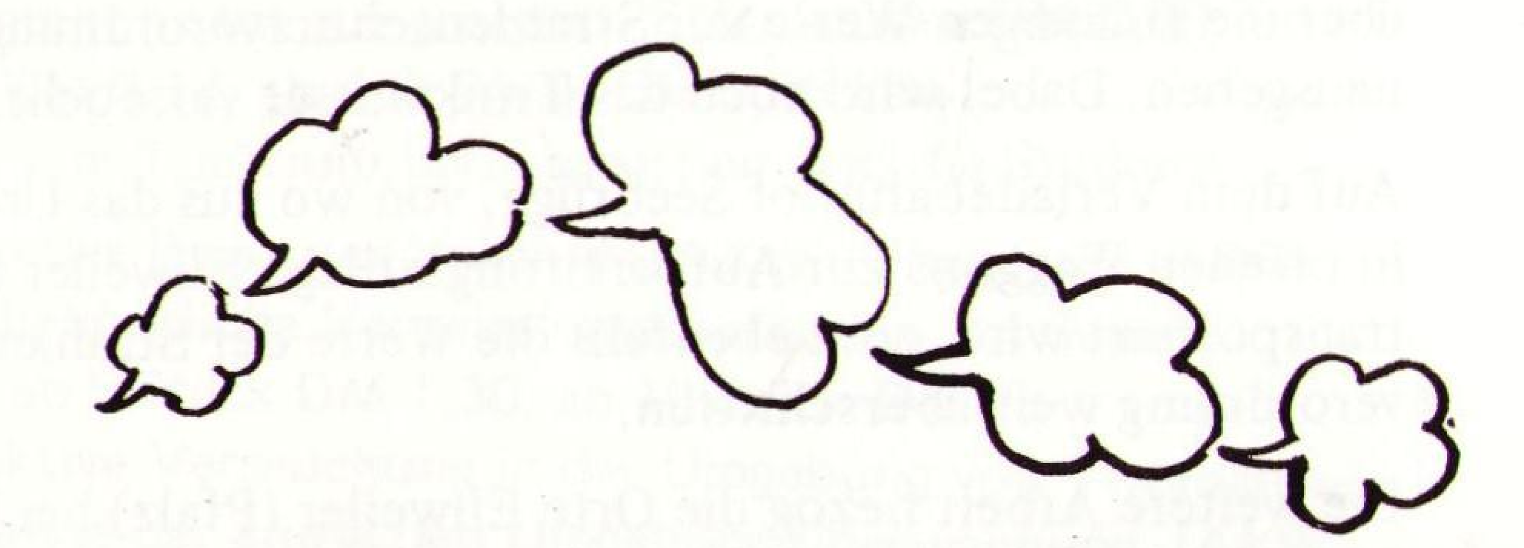
Veranstaltung am 25.9.78 in Lörrach, Gaststätte Meierhof, 20 Uhr über die Kriminalisierung von Kernkraftwerksgegnern;

geplant ist eine große Veranstaltung fürs „Dreiecksland" über den Uranbergbau im Elsaß, Schwarzwald und der Schweiz.

Spendenkonto für Prozeßkosten: **Postscheckamt Karlsruhe Nr. 117047-750."**

Kontakt „Arbeitskreis Strahlenschutz", c/o Joachim Schnorr 78 Freiburg, Fehrenbachallee 58, Tel. 0761 / 27 55 21.

P.S.: Arbeitskreismitglieder teilten uns am Donnerstag, 14.9., noch telefonisch mit, daß die Messungen des Landesamtes für Umweltschutz in Karlsruhe 500 millirem pro Jahr ergeben hätte, zugelassen seien aber nur 30 millirem. Im offiziellen Sprachgebrauch der Behörden heißt das: Die vorgeschriebenen höchstwerte wurden ‚nicht erreicht'. Die Arbeitskreis-Leute erfuhren außerdem, daß der Wert von 5oo millirem an einer Stelle noch überschritten worden sein soll..



Weltkonferenz der UNO

ES GEHT UM UNSERE ZUKUNFT

ES GEHT UM UNSERE ENTWICKLUNG

München
11. September

Im ID 233 vom 10. Juni des Jahres veröffentlichten wir einen Bericht über ein Ökologen Treffen in La Rochelle (Frankreich), auf dem international über Vorbereitungen für die 'Weltkonferenz über Wissenschaft und Technologie für Entwicklung' der Vereinten Nationen diskutiert wurde. Diese Konferenz soll im August 1979 in Wien stattfinden und wird im Sprachgebrauch der Veranstalter UNCSTED abgekürzt. Allgemeine Einigkeit bestand in La Rochelle über die Notwendigkeit, die in Wien versammelte Weltöffentlichkeit über technologische Alternativen zu informieren

Die Gruppe 'Community Action in Europe' hat daher in La Rochelle beschlossen, Aufrufe in alle Welt zu verschicken, um so eine größtmögliche Basisbeteiligung bei der Vorbereitung des Wiener Kongresses zu haben. Koordinierungsadresse für Themenvorschläge etc. ist: 'Wien-Alternativ', Postfach 987, A-1011 Wien. Einer der Basisbeiträge erreichte uns vom Sozialpolitischen Arbeitskreis München (AG SPAK). Wir veröffentlichen hier Auszüge:

Kirchliche Arbeit – fleischlose Liebe?



Wer sich in einer Einrichtung der Celler „Lobetal Arbeit" (Evangelische Kirche) ausbildet – und nicht verheiratet ist, darf eine andere Frau oder einen anderen Mann entweder nur von weitem (platonisch?) oder nur versteckt lieben. Das heißt: er/sie darf „keine erkennbar geschlechtlichen Beziehungen unterhalten".

Diese kirchliche Aufforderung zur Heuchelei in einem Arbeitsgebiet für Alterskranke, chronisch Kranke und Behinderte hat ihre Vorgeschichte im „Vergehen" zweier junger Mitarbeiter in der Ausbildung, deren Liebe fleischliche Folge, nämlich eine Schwangerschaft gezeigt hatte. Da die Beteiligten sich nicht auf Geheiß hopplahopp verehelichen wollten, kündigte der kirchliche Arbeitgeber. Zu Unrecht, wie das Arbeitsgericht Celle feststellte: weder Vaterschaft noch Mutterschaft seien ein Kündigungsgrund.

Die beiden Gescholtenen bekamen nun zwar eine Abfindung und andere Ausbildungsplätze – für alle anderen Schüler und „Mitarbeiter an einer der Ausbildungsstätten" wurde jedoch ein neuer Passus im Ausbildungsvertrag eingeführt, der „erkennbare" Liebe ohne Trauschein verbietet. (Wieweit dies dann für alle Mitarbeiter gilt, ist ausdenkbar) Die empörte SEXUALPÄDAGOGIK (2/78) meint: „Das kann in den Häusern der ‚Lobetal Arbeit' zu Schnüffelei führen, das treibt Liebende dazu, sich zu verstecken. ... Das Motto dieser evangelischen Einrichtung heißt nun also: „Liebet Euch – aber nur im Verborgenen."

Aus: Sozialmagazin 9/78

"Unser Basisbeitrag:

Es soll zunächst eine Broschüre erstellt werden, die breite Teile interessierter Personen genauer über die Wichtigkeit dieser Konferenz informiert, damit rechtzeitig noch darauf Einfluß genommen werden kann.
Das Länderpapier der Bundesrepublik Deutschland, als offizielle Erklärung der Bundesregierung soll darin abgedruckt werden, da es klar die Vorstellungen aufzeigt, die vom „Technologie-Geist" geprägt sind, wie z.B. solche Aussagen: "Sie (die Regierung) geht dabei von folgendem aus: Der Industrialisierungsbedarf der Entwicklungsländer und weiteres wirtschaftliches Wachstum in den Industrieländern führen zu einer steigenden Energienachfrage." Schwerpunkt in dieser offiziellen Erklärung ist die Fortentwicklung von Kernenergietechnologien denn: zur Versorgung größerer Städte und Industriezonen wird Kernenergie auch in Entwicklungsländern gebraucht.... Damit soll den Ländern der 3. Welt unsere teure und gefährliche Technologie verkauft werden.

Diese Position steht im klaren Gegensatz zu Aussagen, wie sie schon 1976 nach der UN-Konferenz HABITAT in Vancouver (Kanada) in Form einer TRANSNATIONALEN RESOLUTION FÜR ALTERNATIVE TECHNOLOGIEN vorgestellt worden ist.
Hauptaussagen sind: die Technologie muß 'in Harmonie mit der Natur sein', 'kulturell eingepaßt sein', 'im kleinen Maßstab einzusetzen sein', 'einfach verwirklicht werden können', sowie zu 'örtlicher Selbstversorgung führen und damit sowohl die Würde des Menschen bekräftigen wie auch sein körperliches Wohlergehen garantieren'.

Diese TRANSNATIONALE RESOLUTION sollte als Leitthema in der zu erstellenden Broschüre behandelt werden, die Beiträge aus Basisbewegungen sollten aufzeigen, in welcher Form diese wichtigen Erkenntnisse schon (im kleinen) verwirklicht werden.

Die Sachbereiche der UNCSTED-Konferenz werden sein:
- Nahrung und Landwirtschaft (Agrartechnik und Verbesserung, Ernährung etc.)

Naturschätze/Energie (erneuerbare und nicht erneuerbare Energiequellen, konventionelle und nicht-konventionelle Energiequellen, Entwicklung und Erhaltung von Energie)

Gesundheit, Siedlungswesen und Umwelt (medizinische Pflanzen und Arzneimittel, Gesundheitswesen, Wohnungsbau u. Sanierungswesen, öffentliche Leistungen und Umwelt)

- Transport und Kommunikation

- Industrialisierung (einschließlich Kapitalgüterproduktion)

Das GEGENFORUM soll auf diese wichtigen Fragen unsere Antworten geben, unsere Aufbau-Arbeit für eine andere humane Entwicklung darstellen.
- Wie sehen wir unsere konkrete Basisarbeit als Beitrag zur menschenwürdigen Entwicklung?
- Welche Gegenmodelle/Positionen entwickeln/praktizieren wir selbst zur unterdrückenden und entfremdenden Vorstellung von Wissenschaft und Technologie?

Dabei geht es um viele Lebensbereiche, wie der offizielle Themenkatalog uns auch schon aufgezeigt hat.
Zur Mitarbeit an dieser Broschüre (und an der ganzen Kampagen sind bes. aufgerufen, bzw. sollten sich intensiv einbringen, z.B.

- Entwicklungspolitische Aktionsgruppen (3. Welt-Läden etc.)
- Projekte innerhalb der Alternativen Ökonomie (Produktion, Therapiehöfe, Landwirtschaft, Bildungsbereich, Tagungshäuser, Kulturzentren etc.)
- Selbsthilfekomitees Arbeitsloser
- Projektgruppen/Aktionsgruppen, die konkret alternative, umweltfreundliche Energiequellen herstellen, benützen etc.
- Frauen-Gruppen
- Jugendzentren in Selbstverwaltung
- Stadtteil-Arbeitsgruppen/Knastgruppen/Psychogruppen
- Schwulen-Gruppen
- Bürgerinitiativen, die auf dem Gebiet alternativer Transport- u. Kommunikationsformen arbeiten
- Anti-AKW-Gruppen
- Regionale Gruppen, die an verschiedenen Bereichen arbeiten
- Techniker-Gruppen

Über das "Community Action in Europe" wird darauf hingearbeitet, daß eine solche Publikation rechtzeitg (also April 79) auch in anderen westeuropäischen Ländern erscheint, damit das Gegenforum in Wien Beiträge von vielen Ländern darstellen kann. Hoffentlich kommen gute Beiträge auch aus Deutschland. Für die sich an diesem Projekt engagierenden Gruppen (wobei ihr Beitrag auch in der Übersendung bereits geschriebener Texte bestehen könnnte) ist das eine gute Möglichkeit, neue Leute anzusprechen und zu interessieren.

Wir sollten die Nase etwas "voraushaben", sollten unsere Ideen früh darstellen, bevor die traditionellen Kommunikationsmittel das Thema in ihrer Art "aufbereiten".
WER MACHT MIT? - Beiträge liefern, Seminare veranstalten, Aktionen vorbereiten.

Interessierte wenden sich an: UNCSTED c/O SAK, Frankfurter str. 10, 61 Darmstadt oder : AG SPAK, Belfortstr. 8, 8 Mü. 80

INTERNATIONALE KOORDINATIONSVERSAMMLUNG VON ANTI-AKW-ORGANISATIONEN

BASEL September 78

PROTOKOLLAUSZUG:
Die Schweizer Koordination (60 BI's) hatte ab März 1978 allen ihr bekannten Anti-AKW-Organisationen aus der ganzen Welt einen Vorschlag unterbreitet, in Richtung eines **internationalen Demonstrationstages für einen generellen Bau- und Bewilligungsstop für alle Atomanlagen im Herbst 1978 oder später** zu gehen und gleichzeitig erste Schritte zur Realisierung einer internationalen Koordination der AKW-Gegner zu tun. Auf diesen ersten Brief trafen etwa 60 Antworten ein aus Indien, USA, Japan, Australien, Frankreich, BRD, Österreich, Holland, Irland, Großbritannien, Dänemark, Schweden, Luxemburg, Spanien, Belgien. Alle waren positiv, so daß sich die Schweizer Koordination entschloß, zu einem ersten Koordinationstreffen nach Basel einzuladen.

Der Besuch war überraschend gut und relativ repräsentativ. Unter 1. der Tagesordnung berichteten die einzelnen Organisationen über die Situation in ihren Ländern. Sie verfaßten dazu kurze schriftliche Stellungnahmen, aus denen wir eine Zusammenfassung erstellt haben

2. war einer allgemeinen Diskussion über den Vorschlag der Schweizer Koordination gewidmet. Unbestritten war die Notwendigkeit, die verschiedenen nationalen Anstrengungen international zu koordinieren und gemeinsame Aktionen, so den vorgeschlagenen internationalen Demonstrationstag, durchzuführen. Hingegen war die vorgeschlagene gemeinsame Forderung nach einem Baustop umstritten — je nachdem, ob diese Forderung in den einzelnen Ländern schon eine Rolle gespielt hat oder nicht. So meinten etwa die deutschen Vertreter, daß diese Forderung ein Zurück hinter längst bezogenen Positionen nach einem grundsätzlichen Verzicht auf die Atomenerg[illegible] bedeute. Einig hingegen war mensch sich widerum, daß die Diskussion

über diese Forderung geführt und daß ihr eine Reihe anderer zentraler aktueller Forderungen beigefügt werden muß (siehe Absichtserklärung).

ABSICHTSERKLÄRUNG DES INTERNATIONALEN KOORDINATIONSTREFFENS:

1. Voraussichtlich an Pfingsten 1979 (3./4./5. Juni) soll ein internationaler Demonstrationstag gegen die Atomenergie und Atomwaffen stattfinden.
2. Folgende Forderungen sollen vorangetragen werden:
   a. Mehrjähriger (ev. auf 5 Jahre festzulegender) Bau- und Bewilligungsstop (= Moratorium) für alle im Bau befindlichen und projektierten Atomanlagen (AKWs, Mülldeponien, Wiederaufbereitungsanlagen)! Stop dem Export von Atomanlagen und angereichertem Uran!
   b. Stop der atomaren Bewaffnung!
   c. Gegen jede Repression und für die Erhaltung und den Ausbau der demokratischen Rechte!
   d. Totale Öffentlichkeit aller Informationen und Beschlüsse zur Energiepolitik und Kontrolle der Bevölkerung darüber!
3. Speziell fordern wir den Bau- und Bewilligungsstop für .... (hier sind noch wichtige Projekte zu definieren wie z.B. Gorleben, Malville)!
4. Mit der Baustop-Forderung wollen wir möglichst breite Bevölkerungsschichten, nicht-prinzipielle AKW-Gegner und Parteien/Organisationen ansprechen, speziell die Arbeiterbewegung und die Gewerkschaften. Es ist entscheidend, daß die Anti-AKW-Bewegung Verbindungen herstellt zu allen Kräften, welche aus verschiedenen Gründen (nicht gelöstes Atommüllproblem — fehlende Demokratie — mangelnde Sicherheit etc.) der Atomenergie skeptisch, aber nicht grundsätzlich ablehnend gegenüberstehen, und damit das Kräfteverhältnis, um sich durchzusetzen, verbessert. Die Baustop-Forderung, respektive das Moratorium im Sinne einer Denkpause entspricht diesen Bemühungen. An der Anti-AKW-Bewegung liegt es, innerhalb der Baustop-Kampagne ihre Propaganda für die grundsätzliche Ablehnung der Atomenergie zu entwickeln und ihre Reihen damit zu verstärken.
5. Jede nationale Bewegung ist aufgerufen, die Baustop-Forderung für ihr Land zu präzisieren. Jedoch streben wir an, daß europäisch und weltweit eine breite und einheitliche Bewegung für den Baustop sich entwickelt — den Baustop, den wir als Schritt zum Verzicht auf alle Atomanlagen begreifen.

FORM DER INTERNATIONALEN DEMONSTRATION AN PFINGSTEN 1979

Unbestritten ist die Wahl eines einheitlichen Datums. Zu entscheiden ist, ob Demonstrationen in ausgewählten wichtigen Hauptstädten wie Paris, Bonn, Wien, Washington etc. oder Demonstrationen in allen Hauptstädten oder Demonstrationen vor ausgewählten wichtigen Atomanlagen, speziell Wiederaufbereitungsanlagen oder große, zentrale Demonstration in Europa oder lokale, dezentrale Aktionen. Oder eine Kombination dieser verschiedenen Möglichkeiten.

BESCHLÜSSE ZUR REALISIERUNG:

a. Diese Absichtserklärung geht zur Diskussion an alle Organisationen und Gruppen der Anti-Atom- und Umweltschutzbewegung und an alle Interessierten.
b. Die schweizerische Nationale Koordination wird beauftragt, die Diskussion möglichst zu koordinieren und eine internationale Adressliste an alle Gruppen zu verschicken, damit diese ihre Diskussionsbeiträge und andere Vorschläge verbreiten können.
c. Regionale und nationale Verantwortliche wurden bestimmt, welche die Diskussionen in ihren Regionen und Ländern anregen und mit der Schweizer Koordination engen Kontakt halten.
d. Beschlüsse sollen an einer zweiten internationalen Koordination am 2./3. Dezember 1978 gefasst werden. Die Schweizer Koordination wird wiederum einladen dazu.

Basel, den 25. Juni 1978

Es unterstützen die gesamte Erklärung:
Miljöförbundet Schweden
Energiepolitiska föreningen — alternativ kärnkraft Finnland
BIM-Regionalgruppen Luxemburg
Coordination Rhone-Alpes Frankreich (umfaßt ca. 20 lokale Gruppen gegen Malville)
Autoreduction 15% sur factures E.D.F. Frankreich
Comite d'organisation et de Defense du Site d'Erstein-Gerstein (Codseg) Frankreich
Amis de la Terre du Bas-Rhin Frankreich
Nationale Koordination der Schweizer Anti-AKW-Organisationen (60 Gruppen)

Es unterstützen die Punkte 1,6, und 7 der Erklärung:
Was Wir Wollen (Freiburg i.B.) BRD
BBU (Zentralvorstand) BRD
Ami de la Terre Marseille Frankreich
Comites anti-nucleaires Belfort-Montbeliard (CAN) Frankreich
Comite ecologique Voiron-Chartreuse (CEVC) Frankreich
VAKS Belgien (Koordination flämischer Regionalgruppen)
Initiative Gewerkschafter gegen Atomkraftwerke Österreich

Als regionale und nationale Verantwortliche stellen sich zur Verfügung: (Bitte sich an sie wenden)

BRD: **Jan Lüthge/Box 64/ 2213 Wilster/ Tel. 04858 - 875 (Norddeutschland)**
E. Hoffmann/ Buchrainweg 61/ 6050 Offenbach (Rhein-Main)
B. Duffner/ Hellbergstr. 6/ 7500 Karlsruhe 21/ Tel. 0721 - 574248
Gerhard Öettlin/ Egonstr. 38/ 7800 Freiburg
Schweiz: Andre Froidevaux/ Burgungerstr. 4/ 4051 Basel/ Tel. 061-229601

Die schweizer Adresse ist gleichzeitig auch die zentrale Informations- und Koordinationsstelle. Wir wären froh, wenn sich weitere Verantwortliche im Sinne von Punkt 7c der Absichtserklärung melden würden. Mit ihnen zusammen wollen wir versuchen, die 2. Internationale Koordinationskonferenz vom Dezember vorzubereiten. Wir werden also die Verantwortlichen zu einem Treff vorher einladen. Wir bitten auch darum, von ihnen hin und wieder etwas zu hören über den Stand der Diskussion in ihren Ländern und Regionen.

Alle werden gebeten, die Absichtserklärung zu verbreiten, bekanntzumachen und zu diskutieren. **Schickt eure Stellungnahmen.**

VOLKSABSTIMMUNG ZUM AKW ZWENTENDORF

WIEN
13. September

Das österreichische Parlament hat beschlossen, daß die Inbetriebnahme des ersten österreichischen Kernkraftwerkes Zwentendorf zum Gegenstand einer Volksabstimmung gemacht wird, welche am 5. November stattfindet.

Wenn es gelingt, einen ausreichend hohen Prozentsatz der Bevölkerung für die Ablehnung der Kernenergie zu mobilisieren, und dies liegt nach Meinungsumfragen und anderen Einschätzungen durchaus im Bereich der Möglichkeiten, so kann dies zu einem entscheidenden Signal für ähnliche Bewegungen in vielen anderen Ländern werden. Allerdings hat die staatliche Verbundgesellschaft für Energiewirtschaft bereits angekündigt, daß sie 35 Millionen österreichische Schilling (ungefähr 5 Millionen DM) für eine Kampagne zur „Information" der Öffentlichkeit für Atomenergie einsetzen wird.

Die Initiative österreichischer AKW-Gegner bittet um Unterstützung. Etwa so:

a. Besonders wichtig wäre es zu erwirken, daß geeignete Artikel und Pressemeldungen in den verschiedenen Medien Ihres Landes bzw. Ihrer Region erscheinen und Kopien davon an den österreichischen Nationalrat an nachstehenden Adresse ergehen: **Österreichischer Nationalrat**
Parlament
A-1010 Wien

b. Weiter wäre es eine große Hilfe, wenn möglichst viele Leute und Organisationen Telegramme oder Briefe an
den Präsidenten des österreichischen Nationalrates Anton Benya
Parlament
A-1010 Wien
den österreichischen Bundeskanzler Dr. Bruno Kreisky
Bundeskanzleramt
A-1010 Wien
senden könnten. Diese könnten ihre Solidarität mit der östereichischen Bewegung gegen Kernenergie ausdrücken, und insbesondere die faire demokratische Chance gleicher Sendezeiten in den Medien, Fernsehen und Rundfunk fordern.

c. Schließlich müssen auch wir – wie erwähnt – alle sinnvollen und möglichen Werbemittel einzusetzen versuchen, die auch größere finanzielle Mittel erfordern. Jeder Beitrag dafür ist uns eine Hilfe und könnte direkt an unser Bankkonto gesendet werden: **Österreichische Postsparkasse, Krisenkonto Volksabstimmung, PSK Kto. Nr. 704 23 91.**

Natürlich würden wir auch gerne vom Umfang ihrer Aktivitäten (insbesondere zu Punkt a. und b.) erfahren, um diese Information für unsere Öffentlichkeitsarbeit einzusetzen.

Damit die Volksabstimmung für uns positiv ausgeht, haben wir unter anderem folgende Aktionen geplant:

– ein Symposium der bekanntesten Wissenschaftler, die der Nutzung der Kernenergie kritisch gegenüberstehen (Gofman, Tamplin, Alice Steward, Jens Scheer, Ichikawa, Sternglass ...)
– eine Anti-AKW-Woche in einem großen Wiener Kino
– große Plakataktionen
– große kulturelle Anti-AKW-Veranstaltungen

Für folgende Aktion brauchen wir eure Hilfe: Wir möchten Bögen an alle AKW-Gegner Gruppen im Ausland verschicken. Eure Aufgabe wäre es, diese Bögen an Leute zu verteilen, von denen Ihr annehmt, daß sie die drei Karten (auf denen gegen das AKW protestiert werden soll) des Bogens auch abschicken. Schreibt und bitte so schnell als möglich zurück, ob ihr diese Aktion für sinnvoll erachtet und wieviele Bögen ihr verteilen könntet. Wir brauchen diese Angaben dringend, um mit der Aktion beginnen zu können. Es bleibt uns nicht mehr viel Zeit! Unser Ziel ist es, in ganz Europa ungefähr 100 000 dieser Bögen zu verschicken. Schickt bitte eure Antwort an die Kontaktadressen:

Interessenverband Arbeitsgemeinschaft „Nein zu Zwentendorf", 1090 Wien, Liechtensteinerstr. 13, Tel. 31 55 66.

Initiative Österreichischer Atomkraftwerksgegner, 1071 Wien, Postfach 138.

MERKWÜRDIGKEITEN IM SCHMÜCKER-PROZESS

BERLIN,
12. September

In Berlin findet zur Zeit in einer Revisionsverhandlung der Prozess gegen die angeblichen Mörder Ulrich Schmückers statt. Ulrich Schmücker war am 2. Juni 1974 von der Bewegung zweiter Juni erschossen worden. Der Grund war, daß Ulrich Schmücker gegen die Bewegung zweiter Juni ausgesagt hatte, ein 'Instrument des Klassenkampfes' war und daher 'liquidiert' werden mußte. (Zitate aus einer Erklärung des zweiten Juni).

In einem ersten Urteil wurde Ilse Jandt zu lebenslanger Haft verurteilt, die anderen Angeklagten erhielten Zeitstrafen zwischen 5 und 8 Jahren. Die Verteidigung hatte eine Revision beantragt, die vom Bundesgerichtshof auch zugelassen wurde, denn an der Glaubwürdigkeit des Mitangeklagten Jürgen Bodeux, der während des ersten Verfahrens für die Anklage ausgesagt hatte, waren erhebliche Zweifel aufgekommen. Inzwischen ist ein vertrauliches Papier aufgetaucht, das in vollem Umfang nur der Staatsanwaltschaft zugänglich war und das Aussagen von Bodeux enthält. Hier eine Presseerklärung der Verteidiger:

" Die 7. Strafkammer des Landgerichts Berlin verurteilte die im Schmückerverfahren Angeklagten wegen gemeinschaftlichen Mordes. Im Wesentlichen beruhte das Urteil auf der Aussage des früheren Mitangeklagten Bodeux, der im jetzigen Verfahren Zeuge ist. Das Urteil der 7. Strafkammer wurde aufgehoben, weil damals die Hintergründe der Aussagen des jetzigen Zeugen nicht aufgeklärt wurden. Im Laufe der jetzigen Verhandlung stellte sich nach v i e r Jahren heraus, daß bei der Staatsanwaltschaft ein VS-Vorgang (Verschlußsache – geheim) über das Zustandekommen der Aussage des Zeugen Bodeux vorhanden ist, bezüglich dessen die Seiten 36-51 dem Gericht und der Verteidigung bekannt gemacht worden sind. Hinsichtlich des Restes des Vorgangs verweigert die Staatsanwaltschaft die Vorlage; sie ist nicht einmal bereit, darüber Auskunft zu erteilen, wo sich der Vorgang gerade befindet, obwohl der Vorgang Bestandteil der staatsanwaltschaftlichen Akten ist, – d.h.: kein Dossier einer dritten Behörde.

Die Verteidigung hat in der Sitzung vom 11.9.78 beantragt, den gesamten VS-Vorgang dem Gericht vorzulegen, und zwar in der Form, wie es gesetzlich vorgeschrieben ist.

Der Skandal besteht darin, daß ein purer Zufall auf den Verschlußvorgang geführt hat, daß sich kein einziger Vermerk in den Verfahrensakten darüber befand, daß ein solcher Vorgang existiere und daß die Staatsanwaltschaft heute – von der Verteidigung zur Rede gestellt – behauptet, mit der Bezeichnung des Vorgangs als Geheimakte diffamiere die Verteidigung die Justiz. Wenn Waffengleichheit im Strafprozeß nicht zur Leerformel verkommen soll, dann müssen alle Erkenntnisse der Ermittlungsbehörden allen Prozeßbeteiligten zur Kenntnis gebracht werden: Anders ist Verteidigung – zumal bei einem drohenden Lebenslänglich – unmöglich."

Kontakt: Philipp Heinisch, Magdeburger Platz 2, 1000 Berlin 30 Tel.: 030/2622o23

HERAUSGEBER:
Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90, Tel.: 70 43 52
Verantwortlicher Redakteur: F. Kern

FASCHISTEN IM KNAST AKTIV

Hamburg
11. September

Von der Gefangenenselbstinitiative aus Hamburg erreichte uns ein Bericht eines Gefangenen über faschistische Aktivitäten im Knast 'Glasmoor'. Der Gefangene hat bei der Jusizbehörde bereits eine Eingabe gemacht, auf die aber noch nicht reagiert worden ist. Folgendes ist passiert, wir zitieren aus der Beschwerde des Gefangenen:

" In dieser Anstalt bestehen mehrere Freizeitgruppen, die vom Diakon Schwöbel geleitet werden. Bis vor kurzem hatte er einen Mitgefangenen (Reinhard Becker) als Assistent. Dieser Herr Becker ist ein Nationalsozialist durch und durch. Mit Billigung des Herrn Schwöbel machte er unter anderem Propaganda für Neofaschismus und Neonazismus.

Diese Aktion gipfelte darin, daß er ein 14-seitiges Pamphlet mit dem Titel "Der Weg zur Macht", Leitsätze nationalsozialistischer Politik für die 80iger Jahre des 20. Jahrhunderts, entwarf und auf der anstaltseigenen Vervielfältigungsmaschinen vervielfältigte und an die Gefangenen verteilte.(....) Dieser Umdrucker der Anstalt darf meinenRecherchen zufolge nur mit Genehmigung einer kompetenten Person benutzt werden, die sich vorher vom Inhalt der zu kopierenden Schrift in Kenntnis setzte. (......) Es sei noch gesagt, daß Herr Schwöbel unter anderem in einem Arbeitskreis bei einer Diskusssion über den "Radikalenerlaß" äußerte, "... ich lasse meine Kinder lieber von einem Nazi unterrichten als von einem Linken." (.....)"

Wir bitten Euch, über diese Sache zu berichten, da sie kein Einzelfall ist. In dem oben erwähnten Papier wird u.a. aufgerufen zur Gründung einer nationalsozialistischen Jugendbewegung nach dem Vorbild der Hitler-Jugend; weiter soll ein Arbeitsdienst eingerichtet werden; es soll eine antikommunistische Aktionsgemeinschaft gebildet werden. Die NSDPD versteht sich als Vertreter aller Vorbestraften, fordert aber gleichzeitig härtere Strafen, härteren Vollzug, Abschaffung der 2/3-Regelung und die Wiedereinführung der Todesstrafe. Ziel der NSPD ist "die Ergreifung der Macht durch Nationalsozialisten bis spätestens 1992."

Kontakt: Gefangenenselbstinitiative, Vereinsstr. 48, 2000 Hamburg

ZUSAMMENARBEIT VON KNAST UND VER–FASSUNGSSCHUTZ

FRANKFURT,
12. September

Wir zitieren aus einem Brief einer Gefangenen:

"Seit geraumer Zeit hat mir meine Freundin den ID zugeschickt. Nach meiner Verlegung in eine andere JVA sind allerdings seltsame Umstände eingetreten, die über unsere freiheitlich demokratische Grundordnung zu denken geben. Ein Brief meiner Freundin mit einem ID wurde plötzlich von einem Sicherheitsinspektor beschlagnahmt, mit der Begründung, der ID sympathisiere mit dem Terrorismus, diffamiere den Justizapparat und er würde nicht informieren sondern agitieren. Nach Ansicht des Sicherheitsinspektors wirkt der ID meinem Vollzugsziel entgegen und wird also nicht ausgehändigt.

Der Sicherheitsinspektor ließ auch den Spruch ab, daß meine Freundin wohl mal überprüft werden müsse. Erstmalig im Leben, als sie vor kurzem aus Frankreich nach Deutschland vom Urlaub einreiste, wurde sie nach Prüfung ihrer Papiere von zwei Grenzbeamten mit Maschinenpistolen bedroht und aus dem Wagen gezerrt, mit 'Hände hoch' an die Wand gestellt und von einem Zivilbeamten durchsucht. Den beiden anderen Mädchen, die im Wagen saßen, wurden die Papiere ohne derartige Belästigung zurückgegeben. Da sie noch nie irgendwo registriert wurde, schließt meine Freundin nicht aus, daß die Kontrolle an der Grenze mit dem hiesigen Sicherheitsinspektor zusammenhängt."

Zensurpraxis im deutschen Knast:
DIE ZEITSCHRIFT IST ZUR HABE ZU NEHMEN

FRANKFURT
11. September

Im ID 244 berichtete eine Besucherin über einen Besuch bei Johannes Roos, der im Kölner Knast sitzt. Vom zuständigen Richter war kurz vor dem Besuch verfügt worden, daß der Besuch ohne eine Trennscheibe stattfinden dürfe. In dem Bericht wird geschildert, wie es auch ohne Trennscheibe möglich ist, ein Gespräch unmöglich zu machen. Wie von der Knastleitung ein solcher Bericht bewertet wird, zeigt ein Brief eines Gefangenen:

"Liebe Freunde,
gestern erhielt ich den folgenden Beschluß: In der Strafsache gegen Sie wird die Zeitschrift „Informationsdienst Nr. 244 vom 26.8.1978 nach Nr. 45 Abs. 4 VVollzo, 119 StPO beanstandet, weil die Weitergabe wegen der tendenziösen Berichterstattung über die Besuchsregelung in der JVA Köln in dem Artikel 'Menschliche Trennscheibe' auf Seite 5 des Heftes geeignet ist, die Ordnung in der Anstalt zu gefährden. Die Zeitschrift ist zur Habe des Gefangenen zu nehmen."

Gegen diesen Beschluß hat der Gefangene Beschwerde eingelegt. Wir zitieren hier aus der Beschwerde:

"...Die menschenunwürdigen Bedingungen des Besuchs in der hiesigen JVA sind mir sowie allen Mitgefangenen hinreichend bekannt. So zum Beispiel die unverschämte und anmaßende Behandlung der Besucher durch die Beamten der JVA und die indiskrete Überwachung der Besuche, durch die ein tiefgreifendes persönliches Gespräch unmöglich wird. Eine Bestätigung der allgemein bekannten Tatsachen durch eine Berichterstattung im 'Informationsdienst' ist in keinster Weise geeignet, die Ordnung der Anstalt zu gefährden ..."

STRAFANZEIGE GEGEN VOLLZUGSBEDIENSTETE

BUTZBACH
12. SEPTEMBER

Rechtsanwalt Reiner Koch stellte für den Gefangenen Tofe Shaker Strafantrag gegen folgende Vollzugsbedienstete der Justizvollzugsanstalt Butzbach, Kleeberger Straße 23:

1. den Vollzugsbediensteten Weller
2. den Vollzugsbediensteten Häuser
3. den Vollzugsbediensteten Retthardt
4. den Vollzugsbediensteten Leib
5. weitere, namentlich nicht bekannte Vollzugsbedienstete der Justizvollzugsanstalt Butzbach.

Er beantragte, sie alle zu laden.

Begründung: Der Anzeigeerstatter, Tofe Shaker, verbüßt zur Zeit in der Justizvollzugsanstalt Butzbach eine zweijährige Freiheitsstrafe aufgrund eines Urteils des Amtsgerichts Frankfurt vom 25. 11. 1977 wegen Verstoß gegen das Betäubungsmittelgesetz. Am Sonntag, den 30. 7. 1978, gegen 16.45 Uhr erschien der Anzeigeerstatter lediglich mit einem T-shirt bekleidet, da es sich um einen sehr warmen, drückend schwülen Tag handelte, zur Essensausgabe. Der Vollzugsbedienstete Häuser

forderte den Anzeigenerstatter auf, er solle ein Hemd anziehen Dies lehnte der Anzeigenerstatter unter Hinweis auf die Tatsache, daß mehrere andere Gefangene ebenfalls nur mit einem T-shirt bekleidet zur Essensausgabe kamen, ab. Daraufhin wies der Vollzugsbedienstete Häuser den Essensausgebenden Hausarbeiter, den Zeugen Hugo Oppermann an, dem Anzeigenerstatter kein Essen auszuhändigen. Aus Wut hierüber warf der Anzeigenerstatter sein Essensgeschirr zu Boden. Es trifft keinesfalls zu, wie es der Vollzugsbedienstete Häuser in einer später abgegebenen Erklärung darzustellen versuchte, daß der Anzeigenerstatter eine Essensschüssel in Richtung des Kopfes des Vollzugsbediensteten geworfen hat.

Zeugen für den Vorfall sind: 1. Herr Hugo Oppermann , JVA Butzbach, 2. Herr Günther Haug, JVA Butzbach. Daraufhin begab sich der Anzeigeerstatter zurück in seine Zelle . Wenige Augenblicke später wurde Alarm gegeben und alles unter Verschluß genommen. Der Anzeigeerstatter, der vermutete, daß er aufgrund des geschilderten Vorfalles in die sogenannte Beruhigungszelle (B-Zelle) verbracht werden sollte, zog sich nackt aus, um zu demonstrieren, daß er keinerlei Gegenwehr gegen dieses Vorhaben entgegenbringen würde und bereit war, freiwillig mit in die B-Zelle zu folgen.

Etwa drei Minuten später hörte der in der Nachbarzelle des Anzeigeerstatters untergebrachte Mitgefangene Haug, wie der Justizbedienstete Leib fragte: „Wie machen wir das jetzt? " und ihm daraufhin der Bedienstete Retthardt antwortete: „Rein und drauf".

Daraufhin wurde die Zelle des Anzeigeerstatters aufgeschlossen und ohne jegliche Warnung oder irgend eine Aufforderung wurde er von hinten an den Haaren vom Stuhl gerissen und dann von vier Justizbediensteten, bei denen es sich um die Beschuldigten handelt, grundlos mehrmals mit dem Gummiknüppel auf den Körper und das Gesicht geschlagen, ferner erhielt der Anzeigeerstatter mehrere Fausthiebe in das Gesicht und Fußtritte. Insbesondere der Justizbedinestete Retthardt tat sich dadurch hervor, daß er mehrmals mit einem Gummiknüppel auf das Gesicht und den Kopf des Anzeigeerstatters eingeschlagen hat, den dieser nur mühsam mit dem Arm abdecken konnte. Der Justizbedienstete Weller tat sich dadurch hervor, daß er dem Anzeigeerstattter mehrere Büschel Haare ausriß und ihm mit der Faust ins Gesicht geschlagen hat. Die Vollzugsbediensteten Häuser und Leib schlugen dem Anzeigeerstatter vor allem mit dem Gummiknüppel auf Beine, insbesondere das Schienbein, den Bauch, den Rücken und die Schenkel ein. Anschließend wurde der Anzeigeerstatter auf den Flur geschleift und hierbei von den Vollzugsbediensteten, insbesondere von dem Bediensteten Retthardt mit Ausdrücken betitelt: „Dir Sau werden wir es zeigen", „Steh auf du Schwein", „Komm du dreckige Sau". Diese Ausdrücke wurden deutlich von dem Mitgefangenen Haug vernommen.

Die Beschuldigten prügelten und schleiften den Anzeigeerstatter daraufhin bis zur Zentrale, wo sogar der Beamte an der Zentrale erschrocken seine Kollegen aufforderte, „keine Schau zu machen". Von der Zentrale wurde der Anzeigeerstatter daraufhin in die B-Zelle (B1) gebracht.

Bei den geschilderten Handlungen erlitt der Anzeigeerstatter folgende Verletzungen, die auch von dem Anstaltsarzt, dem Zeugen Maikemper, festgestellt worden sind: Wunde am Schienbein, aufgeplatzte Lippen, geschwollenes Auge, geschwollene Backenknochen, blaue Striemen am Gesäß, Schürfwunde am Gesäß, blaue Flecken an Arm und Schulter, Verletzungen am Ellenbogen, der später von einem Sanitäter für mehrere Tage in einen Verband gelegt worden ist.

1972 erschien in den Vereinigten Staaten ein Bildband über das amerikanische Zuchthaus Sing-Sing, bekannt als eines der berüchtigsten Zuchthäuser der Welt. Die Bilder wurden von Gefangenen aufgenommen und zusammengestellt. Unser Bild zeigt den Besuchsraum. An der langen Theke sitzen sich die Gefangenen und die Besucher gegenüber. Ohne Gitter, ohne Trennscheibe.
Hier ein Text über die deutsche Knastwirklichkeit von 1978:



The visit room

Wie die Trennscheibe überhaupt aussieht? Zwischen zwei Zellen ist ein Mauerdurchbruch geschlagen, in die Wand ist dann eine Doppelscheibe eingesetzt, ca. 1,50 m mal 1 m. Zwischen den beiden Scheiben befindet sich ein Zwischenraum von ca. 20 cm. Jeweils rechts neben der Scheibe ist eine perforierte Metalleiste angebracht, so lang, wie die Scheibe hoch ist und etwa 20 cm breit. Man sitzt sich diagonal gegenüber, jeweils im rechten Winkel zur Scheibe, der Schall legt dann den Weg sozusagen 'zweimal ums Eck' zurück, ehe er auf der entgegengesetzt gegenüberliegenden Seite beim Gesprächspartner wieder austritt. Zwischen den Scheiben sind zusätzlich zwei Fliegendrahtgitter angebracht, immerhin so, daß sie die Sicht nicht behindern. Die ist so schon genug eingeschränkt: Das Glas ist Panzerglas, mit eingezogenen Fäden; sieht so aus wie Schaufensterscheiben bei Juwelieren. Dadurch, daß man sich diagonal gegenübersitzt, sind die Reflektionen auf dem Glas sehr störend. Der Besucher kann mich sowieso schlecht sehen, weil ich mit dem Rücken zum Fenster sitze, der Besucher also gegen das Licht schauen muß. Da hilft es auch nicht, das Licht anzuschalten, wie mir ein Wärter empfahl.

In der Beruhigungszelle selbst wurde trotz der mehrmaligen Bitte des Anzeigeerstatters die voll aufgedrehte Heizung nicht abgedreht, obwohl ein sehr heißes und schwüles Wetter herrschte. Erst am Mittwoch, den 2.8.78, wurde die Heizung kleiner gestellt. Die Folgen dieser Schikane waren Schlaflosigkeit, Übelkeit, Durstgefühle und Konzentrationsstörungen.

Ferner teilten namentlich nicht bekannte Bedienstete der JVA Butzbach dem Frankfurter Richter Dr. Starke wahrheitswidrig mit, der Anzeigeerstatter befände sich in einem Hungerstreik und könne deshalb einen bereits seit längerem anberaumten Hauptverhandlungstermin am 4. 9. 1978 nicht wahrnehmen. Durch diese Machenschaft sollte vermutlich versucht werden, die schweren Verletzungen, die der Anzeigeerstatter bei dem Überfall der Justizbediensteten erlitten hat, zu vertuschen.

Zeugen für die genannten Vorfälle sind neben dem bereits genannten Mitgefangenen Günther Haug auch noch der Mitgefangene Heinrich Schnur.

Durch das Verhalten der Bediensteten, die sich mindestens einer gefährlichen Körperverletzung im Amt und einer Beleidigung schuldig gemacht haben, ist eine große Empörung und Verunsicherung bei den übrigen Mitgefangenen eingetreten, die befürchten, daß in Butzbach nunmehr ähnliche Zustände eintreten, wie sie bei dem bekannten Mannheimer Gefängnisskandal aufgetreten sind, wo bekanntlicherweise mehrere Gefangene durch das Verhalten von Justizbediensteten sogar zu Tode gekommen sind.

Um dem zu begegnen, bitte ich darum, die hier vorliegende Strafanzeige mit der nötigen Sorgfalt und Intensität zu verfolgen.

Ich bitte um Mitteilung des Aktenzeichens und über laufende Mitteilungen über den Stand der Ermittlungen.

Rechtsanwalt Rainer Koch, Sandweg 9, 6 Frankfurt a. M.
Tofe Shaker, Justizvollzugsanstalt Butzbach, Kleebergerstr. 23, 6308 Butzbabh

PRESSEERKLÄRUNG VON CHRISTINE KUBY

HAMBURG
13. September

Vom Anwalt Christine Kubys erhielten wir eine Presseerklärung von Christine Kuby. Sie wurde am 21. Januar 1978 in Hamburg verhaftet. Ihr wird Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung vorgeworfen (§ 129a), außerdem Urkundenfälschung und zweifacher Mordversuch an den Polizisten, die sie festgenommen haben. Die Anklageschrift der Staatsanwaltschaft liegt inzwischen vor. Wann und in welchem Umfang das Hauptverfahren gegen Christine Kuby eröffnet werden wird, steht noch nicht fest.

„Seit meiner Verhaftung am 21.1.78 bin ich völlig sozial isoliert, was noch verstärkt wird durch teilweise Deprivation, das Nichtvorhandensein einer Intimsphäre, die totale Kontrolle. Die soziale Isolation innerhalb des Knasts läuft vollständig,nach außen teilweise.

Innerhalb: Einzelhaft; täglich 40-minütiger Hofgang (einzeln) mit dreiköpfiger Bewachung; totale Abschirmung von anderen Gefangenen, an Knastveranstaltungen darf ich nicht teilnehmen, bei keiner Gelegenheit, wie etwa Essensausgabe oder Baden,darf ich mit anderen Gefangenen in Berührung kommen.

Am 20.4. haben wir hier in Hamburg unseren Hungerstreik abgebrochen, nachdem verbesserte Möglichkeiten menschlicher Reproduktion zugesagt wurden. Für die anderen Gefangenen wurde der tägliche Umschluß auf 4 Stunden erweitert. Meine Anträge wurden abgelehnt — Umschluß und gemeinsamer Hofgang seien zur Zeit noch nicht möglich, da noch Verdunkelungsgefahr bestünde. Nachdem jetzt Anklage erhoben wurde, die Ermittlungen also abgeschlossen sind, habe ich erneut Antrag auf Umschluß und gemeinsamen Hofgang mit A. Reiche, I.Hochstein, Chr. Eckes und B. Asdonk gestellt. Dieser Antrag wurde am 9.8. erneut abgelehnt. Gestattet wurde mir etwas, was ich nicht beantragt hatte, nämlich alle 3 Tage für 3 Stunden den Umschluß mit einer U-Gefangenen, die die Anstalt für mich aussucht.

Eine solche Zwangsgemeinschaft lehne ich ab; das ist ein Teil ihrer Vernichtungsstrategie, die entsolidarisieren, entpolitisieren soll, eine Kontrollfunktion über mich ausüben würde, zudem Alibifunktion hat, da sie vorgibt, daß Kommunikation und soziale Interaktion vorhanden sind, in Wirklichkeit aber die Situation überhaupt nicht verändert ist. Ich kenne diese zuverlässige, von der Anstalt auserwählte Gefangene nicht, ich habe keinerlei Anhaltspunkte sie einzuschätzen. Allein die Möglichkeit, daß sie Gesprächsinhalte weitergibt, bedeutet für mich eine Sperre, die es nicht zuläßt eine enge, vertrauliche Beziehung aufzubauen, macht menschliche Kommunikation und politische Auseinandersetzung von vornherein unmöglich und würde eine permanente gespannte Streßsituation bewirken. Auch zu meiner Verteidigung ist eine politische Auseinandersetzung notwendig, die ich nicht nur mit mir selbst und anhand meines Informationsmaterials führen kann und will, sondern mit Leuten, die sich auch damit beschäftigen, hier eben mit den vier Frauen zusammen, die auch in Hamburg sind.

Nach außen: bei anderen politischen Gefangenen wurden in den letzten Monaten immer verstärkter teilweise seit langem bestehende Kontakte abgebrochen und verhindert neue Kontakte aufzunehmen. Bei mir ist die Situation so, daß sie von vorneherein niemand anderes als Eltern und Geschwister zu Besuchen zugelassen haben. Besuchsanträge von bisher 13 Leuten wurden abgelehnt. Diese Maßnahme soll jede politische Auseinandersetzung, jede menschliche und politische Solidarität mit dem Gefangenen verhindern, untermauert ihre Zermürbungsversuche.

Es ist in einer Beziehung ein unheimlich wichtiges Element, daß sich der Kontakt nicht nur auf Briefe beschränkt, sondern mensch sich zwischendurch mal sieht, ein direktes Gespräch führen, und somit die Beziehung festigen kann.

Dieses Vernichtungskonzept, der Entzug sozialer Kontakte, von Wärme und Menschlichkeit, die Verhinderung politischer Auseinandersetzung, zielt auf meine politische Identität, meine physische und psychische Integrität. Von 720 Stunden im Monat bin ich 718 Stunden allein, da gibt es 2 Stunden Besuch und 2 mal einen Händedruck im Monat. Mensch gewöhnt sich nicht ans Alleinsein, im Gegenteil: das Bedürfnis sich mitzuteilen, Gedanken und Gefühle zu äußern wird größer, das potenziert sich immer mehr. Die Möglichkeit, Briefe zu schreiben ist da nur ein sehr kleines Ventil, das mensch sich zudem selbst noch zustopft, indem mensch sich selbst zensieren muß, damit die Briefe überhaupt noch ankommen; das geht perverserweise manchmal schon so weit, daß ich beim Schreiben mehr an den kontrollierenden und zensierenden Richter denke, als an den Adressaten.
Hamburg, 18.8.78, Christine Kuby."

Kontakt: RA Axel Galette, Iltisstr. 33, 2300 Kiel, Tel.: 0431 / 75 011

OFFENER BRIEF ZUR HAFTVERSCHONUNG FÜR WERNER HOPPE

MARBURG
10. September

Mit folgendem offenen Brief wurde von der Marburger Russell-Vorkonferenz an das Hamburger Strafvollzugsamt appelliert:

VORKONFERENZ FÜR DIE ZWEITE BUNDESKONFERENZ DER RUSSELL-UNTERSTÜTZUNGSGRUPPEN

Offener Brief mit der Bitte um Haftverschonung für Werner Hoppe

An das Strafvollzugsamt, z.Hd. Herrn Regierungsrat Halvensleben
Drehbahn 36, 2000 Hamburg 36

Marburg/Lahn, 9./10. September

Die Teilnehmer der Marburger Vorkonferenz am 9. und 10. September für die 2. Bundeskonferenz der Russell-Unterstützungsgruppen hat mit großer Besorgnis vom lebensbedrohlichen Zustand Werner Hoppes Kenntnis genommen. Wir haben erfahren, daß Werner Hoppe Blutstühle hat, keine Nahrung bei sich behalten kann und auf 40 Kilogramm, die Hälfte seines ursprünglichen Körpergewichts, abgemagert ist.

Diese Krankheitssymptome, die nach jahrelanger Isolationshaft auch bei Eberhard Dreher und Wolfgang Grundmann aufgetreten sind, lassen darauf schließen, daß die Krankheitsursache in den zerstörerischen Haftbedingungen liegt.

Eine erfolgreiche medizinische Behandlung setzt die Ausschaltung der Krankheitsursache, hier: sieben Jahre Langzeitisolation, voraus.

Das Strafvollzugsamt trägt als die zuständige Behörde die Verantwortung für Gesundheit und Leben von Werner Hoppe. Wir fordern deshalb: Haftverschonung für Werner Hoppe.

(Für die Konferenzteilnehmer: Russell-Initiative Marburg, c/o Buchladen, Am Grün 28, 3550 Marburg/Lahn, Tel. 06421 - 24 787)

Alle (nicht nur Russell-) Initiativen und Gruppen in der BRD, sowie Buchläden und Alternativzeitungen werden gebeten, sich ebenfalls für die Haftverschonung von Werner Hoppe einzusetzen. Dies könnte neben Veranstaltungen (hochgestecktes Ziel) durch Wandzeitungen und Unterschriftenlisten (mit ähnlichem Vorspann wie der Marburger 'Offene Brief') geschehen. Ausgefüllte Listen bitte dann umgehend nach Hamburg schicken:

Strafvollzugsamt, z.Hd. Regierungsrat Halvensleben, Drehbahn 36, 2000 Hamburg 36.

SÜDAFRIKANISCHE KRIEGSDIENSTGEGNER ORGANISIEREN SICH

LONDON
September 78

Nachdem im Frühjahr in England die erste Nummer der südafrikanischen Soldatenzeitung „Omkeer" (Kehrt Marsch!) herauskam, haben sich über zwanzig Kriegsdienstverweigerer und Deserteure unter dem Namen „South African War Resisters" in London organisiert. Die zweite Nummer ihrer Zeitung haben sie im August nach Südafrika geschmuggelt und dort auch einigen Trubel ausgelöst.

Ende Juli demonstrierten sie vor einem Londoner Kino gegen die Premiere des Richard Burton Films „Wild Geese" (Wildgänse).Der Film, in Südafrika und Rhodesien gedreht, verherrlicht die weißen Söldner. Gezeigt wird eine Aktion der Söldner in einem ungenannten afrikanischen Land — ein angepaßter schwarzer Politiker wird vor seinen marxistischen Feinden gerettet. Die Gewinne der Premiere sollten in den südafrikanischen Militärfond fließen.

Die Mitglieder der im englischen Exil nur geduldeten Gruppe sind weiße Südafrikaner, die entweder vor der Einberufung geflüchtet sind, oder sich während eines Urlaubs von der Armee abgesetzt haben. Solche Aktionen waren für sie selbst noch bis vor kurzem undenkbar. Die meisten von ihnen haben sich erst während des Militärdienstes oder erst kurz davor von ihrer patriotischen Erziehung zur weißen Vorherrschaft gelöst und eine Demonstration gegen die Apartheid gehörte bisher nicht zu dem, was sie für machbar hielten. Lange Zeit dachten viele von ihnen sogar, die einzigen Kriegsdienstverweigerer der Welt zu sein, konnten sich nicht vorstellen, daß vor ihnen schon andere auf den gleichen Gedanken kamen. Einer von ihnen, Bil Anderson, war bei der Angola Invasion und später im Norden von Namibia eingesetzt. Dort wurde er in seiner Nachtruhe wochenland von den Schreien der Gefolterten aus der naheliegenden Bataillonskommandatur gestört. Erst viel später ist aus seinem einfachen Entsetzen Widerstand geworden.

Eines der Hauptprobleme der „War Resisters" ist der Kontakt zu anderen Gruppen von Kriegsdienstverweigerern, darum schreiben an:

Omkeer, BM Box 2190, London WC1, England oder: Omkeer 138 Berkeley Place, Brooklyn, New York 11217, USA.

Max Watts/ID

EINE DEUTSCHE RAKETENFIRMA KOLONISIERT AFRIKA — IN ZUSAMMENARBEIT MIT DEM STAAT

FRANKFURT
13. SEPTEMBER

Von der 'Grünen Liste Hessen — Wählergemeinschaft für Demokratie und Umweltschutz' (GLH) übernehmen wir einen Bericht über die Raketenfirma OTRAG und die Unterstützung ihrer Kolonialpolitik in Afrika durch die BRD':

„Der Raketenfirma OTRAG (Orbital Transport- und Raketen AG), Neu Isenburg, Herzogstr. 61, wurde eine Abschreibungsrate von sage und schreibe 260 % zugestanden, eine Konstruktion, die Verluste für OTRAG-Investoren praktisch unmöglich macht und ihnen (durch den Staat bzw. durch unsere Steuern zu zahlende) Steuervergünstigungen in Millionenhöhe erbringt. „Im Prinzip kann es den Promotern sogar gleichgültig sein, ob ihre Rakete je fliegt. Sie verdienen ihre Millionen auch bei einem wirtschaftlichen Mißerfolg." („Die Zeit", 1. 10. 76). Diese Rate wurde vom Hessischen Finanzministerium inzwischen sogar auf über 300 % erhöht („Die Zeit", 6. 5. 77).

Was ist der Hintergrund dieses Skandals? Im August 1977 enthüllte die französische Zeitschrift „Afrique — Asie", daß OTRAG im Südosten Zaires ein „Versuchsgelände" von der Größe der DDR besitzt, in dem sämtliche Menschenrechte außer Kraft gesetzt sind. Dieses Territorium darf — vertraglich fixiert — militärisch genutzt werden und wird demzufolge von allen fortschrittlichen Kräften und Staaten im südlichen Afrika als militärische Bedrohung begriffen.

Diese deutsche Kolonie umfaßt etwa 100.000 Quadratkilometer und liegt an der Grenze zu Tanzania und Sambia, in eben jener Unruhe-Provinz Shaba. Seit 1975 hat das Mobuto-Regime von Zaire alle Hoheits- und sonstigen Rechte von gut einem Drittel der Provinz Shaba an OTRAG abgetreten. Gegen eine jährliche Pachtgebühr von angeblich 71,65 Millionen DM werden der OTRAG in dem betreffenden Gebiet sämtliche Hoheitsrechte — ökonomische, militärische, politische, juristische und sonstige — bis zum Jahr 2000 unkündbar überlassen (danach verlängert sich der Vertrag um jeweils weitere 10 Jahre).

Insbesondere sichert sich die OTRAG das Recht auf „jegliche Art von Eingriff in die Natur des Gebietes". Zaire hat sich zusätzlich vertraglich verpflichtet, die „notwendigen gesetzgeberischen Vorkehrungen (zu) treffen", um der OTRAG „die Ausübung des vollständigen Nutzungsrechtes zu ermöglichen". Der OTRAG wird „ausdrücklich und ohne Einschränkung das Recht (zugebilligt)", alle Maßnahmen zu treffen, die OTRAG „für erforderlich hält".. Alle von OTRAG als „Mitglieder des Personals" (bzw. „deren Familienangehörigen") bezeichneten Personen haben das uneingeschränkte Recht, die neue Kolonie „auf dem Landweg, dem See-, Luft-, und Flußweg" zu betreten. Sie können sich im übrigen bei einer Durchreise oder einem Aufenthalt in Rest-Zaire verhalten wie sie wollen, da sie

„dieselben Privilegien und Immunitäten (genießen) wie die Mitglieder der diplomatischen Vertretungen". „Mitglieder des Personals ist jeder, den OTRAG als solchen bezeichnet".

Von besonderem Interesse ist die Entvölkerungspolitik der OTRAG. Dazu heißt es unter anderem im Vertragstext: Zaire „ist angehalten, auf Verlangen der Otrag alle Personen aus dem Territorium zu evakuieren und sie von ihm fernzuhalten". Dazu schreibt der „Vorwärts" (20; 7. 78): „Die von den Vereinten Nationen veröffentlichten Zahlen über 220.000 Flüchtlinge, die 1977 aus der Provinz Shaba geflohen sind, werfen bei einigen Afrikanern die Frage auf, ob in Shaba ein Massaker angerichtet wurde, um das Raketenversuchsgelände OTRAG zu entvölkern . . . ". Auch die gesetzlichen Grundlagen sollen nach dem Prinzip absoluter Willkürherrschaft gestaltet werden. Dazu der Vertrag: „Die OTRAG verfügt über die ausschließliche Disziplinargewalt gegenüber allen Personen". (Alle Zitate aus dem Vertragstext).

Diese markantesten Bestimmungen des Vertragstextes fixieren Zustände, wie sie selbst die alten Kolonialmächte für ihre Kolonien nicht zu verwirklichen wagten. Dies verwundert allerdings weniger, wenn man die Vertragspartner genauer unter die Lupe nimmt: Bei den OTRAG-Raketenbauern handelt es sich zu einem Großteil um dieselben Leute, die bereits für Hitler arbeiteten. Eigenen Aussagen der OTRAG-„Verantwortlichen" zufolge, ist ihr Projekt eine direkte Fortführung der unter den Nazis begonnenen Forschungen („Spiegel", 14. 8. 78).

Schon werden starke Befürchtungen geäußert, daß das OTRAG-Gelände dazu dient, westdeutsche Cruise-Missile zu erproben. So schreibt der ehemalige diplomatische Korrespondent der New York Times, Tad Szulc, in der März-Ausgabe (78) des US-Magazins „Penthouse": „Mit dem Wissen und der Zustimmung der Vereinigten Staaten testet Westdeutschland heimlich die Cruise Missile — möglicherweise die tödlichste Waffe des Nuklearzeitalters — . . . auf einem riesigen Testgelände in Ost-Zaire im Herzen Afrikas". Nichts spricht dagegen, daß die Nazi-Forscher als nächsten Schritt dann die Ausrüstung dieser Waffen mit nuklearen Sprengköpfen angehen!

Wir behaupten, daß dieses kriminelle Unternehmen mit Wissen und praktischer Unterstützung der hessischen Landesregierung rung vor sich geht.

Mit Briefen vom 1. 6. 76 und vom 23. 6. 76 an die OTRAG sprach das Finanzamt Offenbach-Land die steuerliche Anerkennung des OTRAG-Vertrages aus. In diesen Briefen hatte das Finanzamt erklärt, „daß der amtliche Nachweis über die Rechtswirksamkeit dieses Vertrages und die tatsächliche Nutzung erbracht worden ist" (Brief des Otrag-Beraters Dr. Dornfeld vom 28. 7. 76; veröffentlicht in der „Gutachterlichen Stellungnahme zur ertragssteuerlichen Lage der OTRAG-Stille Gesellschaft).

Ist allein schon diese offizielle Billigung des kolonial-faschistischen Vertrages skandalös, so wurde damals zusätzlich ein weiteres riesiges Steuergeschenk überreicht: die OTRAG kann die jährlich an Zaire zu zahlenden 75 Millionen DM steuerlich absetzen, auch in den Jahren bis 1980, obwohl noch gar keine Zahlungen erfolgen, da die Pachtsumme als von OTRAG aufgenommener Kredit gilt („Die Zeit", 1. 6. 76)"

EIN IRISCHER SOMMER

FRANKFURT
13. September

Dieser Bericht ist von einem deutschen Urlauber, der diesen Sommer mehrere Wochen bei katholischen Familien in Nordirland gewohnt hat:

Irland, die ‚grüne Insel', hat viele schöne Gesichter und ist ein Ort auf dem mensch sich von den Metropolenkrankheiten etwas erholen kann. Dies verändert sich allerdings schlagartig, kommt mensch nach Nordirland. So war mein erster Eindruck nach der Grenze, Polizisten und Soldaten in schußsicheren Westen und Schwellen auf der Straße über die mensch mit 5 Stundenkilometern fahren darf. Als ich nach Belfast hineinfahre, sehe ich bedrohlich viele Soldaten, Jeeps und Schützenpanzer. Schlägt man die deutsche Presse auf oder sieht fern, denkt man, daß die Briten die Situation völlig unter Kontrolle haben und es eben mit einigen Terroristen wie überall in der Welt zu tun haben. Ist mensch jedoch einige Zeit im Norden, so erfährt mensch, daß es dort unheimlich viel ‚Terroristen' gibt, ja das fast die gesamte katholische Bevölkerung aus ‚Terroristen' besteht und die armen, armen englischen Soldaten sehr darunter leiden.

Um jedoch gleich etwaige Mißverständnisse auszuräumen, es handelt es sich nicht um einen Krieg zwischen Katholiken und Protestanten, was in westdeutschen Medien auch verbreitet wird, wenn überhaupt auf Nordirland eingegangen wird.

Im August gab es in mehreren Städten Demonstrationen aus Anlaß des 7.Jahrestages ‚of internment' (Beginn der Internierung durch die britische Armee 1971). In Andersonstown, katholischer Stadtteil in Belfast, demonstrierten etwa 10.000 Leute gegen die britische Besatzungsmacht. Die Demonstranten forderten dabei die Freilassung aller irischen Gefangenen in den britischen Kriegsgefangenenlagern und die Auflösung des H-BLOCKS im Konzentrationslager Long Kesh. Weiterhin kämpfen die Gefangenen und die Bevölkerung für die Wiederherstellung des politischen Status der Kriegsgefangenen, den sie früher hatten. Ein Gefangener über den H-Block: „In Betongräbern, in die man uns eingemauert hat, steht eine Pritsche und ein Topf, sonst nichts. Manchmal noch ein kaputter Plastikstuhl. Ein Fenster ist da, es ist zu hoch, um durchzuschauen, Licht läßt es auch nicht zu, aber Kälte und Wind, weil die Fugen brüchig sind. Wir sind nackt hier eingesperrt, nur mit dem Tuch versehen. Nackt müssen wir uns in kaltem Wasser, einer Brühe für viele, waschen und duschen. Alle 11 Tage müssen wir vor den Gefängnisgouverneur, wo wir nackt erscheinen, und weil wir nackt sind, werden wir im Ruckzuck-Verfahren verurteilt wegen „Nichtbeachtung der Regeln", die natürlich Bekleidung vorschreiben. Verurteilung meint, daß wir jetzt für rund 16 Tage unter „verschärften Bedingungen" vegetieren müssen; so wird die Pritsche aus der Zelle entfernt und der Stuhl und für 6 Tage gibt es die sogenannte ‚Diät Nummer 1', eine ganz vorzügliche Kost: ein Topf Tee und trockenes Brot. Es ist das alles ein ganz schlimmer Alptraum, der Wirklichkeit wurde und mensch kann nicht sagen, sie behandeln uns wie Tiere, weil kein Mensch Tiere derart behandeln würde. Am schrecklichsten ist die Einsamkeit und die Demütigung der Nacktheit — und die Sehnsucht, die Familien und Kinder einmal zu sehen. Aber wir geben nicht auf und werden immer mehr, und es ist ein Trost zu wissen, daß wir nicht allein sind." (John Nixon, H 5 — Block, Long Kesh) Die Gefangenen sind nackt und können nur eine Wolldecke als ‚Bekleidung' benutzen, da sie sich weigern die Sträflingskleidung für sogenannte Kriminelle anzuziehen, denn sie waren und sind politische Gefangene im nationalen Befreiungskampf gegen die ‚Brits'.

Nach den Demonstrationen wurden in den katholischen Stadtteilen überall sogenannte bonfire angezündet die mit der Verbrennung der britischen Flagge endeten. In der selben Nacht, morgens um 4 Uhr kamen dann viele Leute aus ihren Häusern und weckten die ganze Stadt. Dabei machten sie einen höllischen Lärm mit Mülleimerdeckeln, Pfeifen usw. Dies hat inzwischen auch schon Tradition um die Bevölkerung zu alarmieren, wenn die ‚Brits' kommen, um Razzien zu machen und Leute zu verhaften. Anschließend wurden dann etliche Forts, bewaffnete Festungen der ‚Brits' von den Leuten mit Steinen, Flaschen und auch Mollis angegriffen. Um zu verhindern, daß Leute verhaftet werden, waren viele Haus- und Wohnungstüren offen, damit die Demonstranten im nächstbesten Haus Schutz finden konnten! Neben den Protesten der Bevölkerung fanden auch bewaffnete Aktionen der Provisional IRA statt. So übernahmen die Provos die Verantwortung für folgende Aktio-

nen: East Tyrone, 29. Juli — Eine Patrouille der ‚Royal Ulster Constabulary' (RUC), militärisch ausgebildete und ausgerüstete nordirische Polizei, fährt in einen von der Provisional IRA gelegten Hinterhalt. Es kommt zu einer Schießerei und zur gleichen Zeit explodieren zwei Bomben. Die Provos kehren alle unversehrt zu ihren Stützpunkten zurück. Ballymena, 2. August — Ein Mitglied der RUC wird in Ballymena erschossen. Strabane, 5. August — Ein Kommando der Provos versucht mit einer Autobombe eine RUC-Kaserne zu zerstören. Belfast, 9. August — Einheiten der Provos greifen die britischen Truppen sechsmal in verschiedenen Teilen Belfasts an. Derry, 11. August — Ein Agent der britischen Armee in Zivil wird in Derry erschossen. Tyrone, 17. August — Ein Chefinspektor der RUC wird verwundet und ebenfalls ein Mitglied des ‚Ulster Defence Regiments', UDR (Verteidigungsregiment der britischen Armee) in Coalisland. Newry, 18. August — Eine Einheit der Provisionals legt im Bus-Depot von Derry mehrere Bomben, die sieben Busse zerstören und andere beschädigen. South Armagh, 19. August — Im Dorf Keady wird ein früheres Mitglied des ‚UDR' erschossen. Dieser hatte nach Angaben der Provisionals bis zu diesem Anschlag kontinuierlich für die UDR weitergearbeitet. Diese Liste könnte mensch sicherlich fortsetzen, wenn mensch die letzten Nachrichten lesen und hören könnte. Das der bewaffnete Kampf in Nordirland fortgesetzt wird, hat neben der allgemeinen ökonomischen Situation und der Kolonialistischen Herrschaft Englands über Nordirland seit nun über 800 Jahren auch ganz konkrete Gründe. Der Terror der Briten gegen die irische Bevölkerung beschränkt sich nicht „nur" auf Konzentrationslager und Folter.

So konnte ich am eigenen Leib erfahren, was die Iren jeden Tag erleben. Nachdem ich ein paar Photos gemacht hatte, entdeckte ich Soldaten die mich mit dem Gewehr im Anschlag beobachteten. Daraufhin fuhr ich sofort weiter. Als ich nach einigen Straßen an einem Fort der Briten wegen der Schwellen langsam fahren mußte, sprangen zwei Soldaten mit Gewehren vor das Auto und stoppten mich. In bedrohlichem Ton gaben sie mir zu verstehen, daß ich langsam von der Hauptstraße in die nächste Nebenstraße fahren sollte und unter Androhung von sofortigem Schießen keinen Meter vom Weg abweichen sollte. Nachdem sie mich dann in der Seitenstraße stoppten hatten inzwischen vier Soldaten nach allen Seiten, als wären Scharfschützen in der Nähe, gesichert, und die anderen zwei Soldaten und ein RUC-Polizist durchsuchten mich und filzten auch das Auto. Auf meine Frage, was der Grund sei, erwiderte ein Soldat, ich könnte Terrorist sein. Nach Personalienfeststellung und halben Stunde Aufenthalt durfte ich dann weiterfahren. Dies passierte mir fünfmal in drei Wochen und zweimal kamen Soldaten zu den Familien bei denen ich wohnte um den Grund meines Aufenthalts zu erfahren. Militärische Streifen patrouillieren rund um die Uhr zu Fuß, mit dem Jeep und Schützenpanzern durch die Wohnviertel. Hubschrauber und Motorflugzeuge der britischen Armee fliegen den ganzen Tag teilweise bedrohlich niedrig über die Stadtviertel von Derry und Belfast. Ständig finden Razzien in Wohnvierteln statt, bei denen nicht selten einiges zu Bruch geht und oft Leute verhaftet werden, die dann erst mal für sieben Tage ohne jeden Rechtsbeistand in Folterzentren (z.B. Castlereagh) der Briten und der RUC verschwinden. Jeden Tag werden an allen möglichen Check-Points in der Innenstadt von Belfast Iren angehalten, sehr oft auch Kinder, die dann den Soldaten alle möglichen Auskünfte geben sollen. Die ökonomische Situation vieler Familien ist sehr schlecht, da insbesondere bei den Katholiken die Arbeitslosigkeit sehr hoch ist. In manchen Stadtteilen von Belfast beträgt sie etwa 30% . Dies resultiert u.a. daraus, daß Industrie und Handel in Belfast zum größten Teil in protestantischen Gegenden angesiedelt wurden und werden, sodaß es für die arbeitsfähigen Katholiken sehr schwer ist, dort einen Job zu bekommen. Nachdem bekannt ist aus welchem Stadtteil der Bewerber für einen Arbeitsplatz kommt, heißt es lapidar: „Sie sind nicht qualifiziert genug", oder „Wir haben schon genügend Bewerber".

Das diese Situation im wahrsten Sinne des Wortes Sprengstoff beinhaltet, zeigt sich nicht nur am bewaffneten Kampf der Provisional IRA und der relativ kleineren Irish National Liberation Army (INLA — bewaffneter Arm der Irisch-Republikanisch-Sozialistischen Partei, der IRSP) gegen die Briten.

So finden seit mehreren Wochen in Derry an jedem Wochenende Kundgebungen der Relatives Actions Committees (RAC — Komitees von Angehörigen der Gefangenen) und der Provisional Sinn Fein (Politische Partei der IRA) zur Unterstützung der Gefangenen statt. Dies passiert unter den Augen der britischen Armee, die zu diesem Zeitpunkt fast nie eingreift, da sie wissen, daß dann der militante Widerstand der Bevölkerung sofort massenhaft zunimmt. Dies besorgen die Briten dann etwas später, indem sie sporadisch Leute verhaften, und die Büros von politischen Organisationen verwüsten. So geschehen am 22. August in Derry, als sieben prominente Mitglieder der Provisional Sinn Fein früh morgens verhaftet wurden, und in den Stadtteilen Bogside, Creggan und Brandywell mehrere Büros durchsucht wurden und sämtliches Material beschlagnahmt wurde. Die Folge allerdings war, daß mehrere Tage lang Hunderte von Demonstranten auf die Straße gingen, Barrikaden bauten, Busse kaperten und anzündeten und sich mit der britischen Armee Straßenschlachten lieferten. Das Ergebnis war u.a. die Freilassung der sieben Sinn Feiner nach drei Tagen! Ebenso fanden an den Tagen nach den Demonstrationen aus Anlaß des 7. Jahrestags ‚of internment' in mehreren Stadtteilen von Belfast militante Aktionen der Bevölkerung statt. So wurden über mehrere Tage Barrikaden errichtet und die britische Armee und RUC-Einheiten mit Steinen und Mollis empfangen. Jugendliche, teilweise erst 12 und 13 Jahre alt, kaperten doppelstöckige Busse auf offener Straße, die sie dann anzündeten und als Barrikaden gegen die britische Armee benutzten. Die Briten reagierten dann mit unglaublicher Brutalität gegen die sich wehrenden Iren, indem sie Rubber-Bullets und neuerdings auch Plastik-Bullets in die Menge schossen. Diese Geschosse sind ungefähr zehn cm lang und haben etwa 3 cm Durchmesser. Sie richten damit verheerende Verletzungen aus, die auch schon mal tödlich waren, oder Leute sind anschließend erblindet, wenn sie damit am Kopf getroffen wurden. Gerade aber dieser Terror der Briten hat eine Situation geschaffen, daß der überwiegende Teil der Republikanischen Bewegung nach wie vor einen bewaffneten Kampf unterstützt und keineswegs eine Stimmung da ist, die nur noch „Frieden" will. Denn „Frieden" ohne Abzug der britischen Armee aus Nordirland, würde nur den Kolonialismus und die Ausbeutung des irischen Volkes verlängern. Und so meinen viele Iren, daß dieser Krieg ihr letzter ist, denn nur dadurch kann die nationale Befreiung und möglicherweise eine sozialistische Republik erreicht werden.

Nach den Anschlägen auf die britische Rhein-Armee fragte ich einige Familien, was sie davon halten, da es nicht nur eine militärische Aktion war, sondern zusätzlich noch im Ausland stattgefunden hat. Alle die ich befragte, äußerten ihre Genugtuung, daß die britische Armee jetzt auch nicht mehr im befreundeten Ausland sicher stationiert ist, zumal die englischen Soldaten vor ihrem Einsatz in Nordirland ihr Training in Westdeutsc land abhalten.

In England scheint sich die Stimmung für einen Abzug der Briten aus Nordirland auch verbessert zu haben, denn Ende August wußte die große englische Tageszeitung ‚Daily Mirror' auf der Titelseite zu berichten, daß nach einer Umfrage etwa „70% der Befragten sich für einen Abzug einsetze"! Auf jeden Fall hat sich die Situation zugunsten der Republikanischen Bewegung verändert.

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX
Informations Dienst
Postfach 900 343
6000 Frankfurt 90

Nummer des Abos **bez. bis ID Nr.** **Exempl.**

3842 W 3

ROTE FAHNE
ZENTRALORGAN
KAMEKESTR. 19

D-5000 KOELN 1

Achtung, liebe Abonenntten!
Wenn auf dem Adressaufkleber das Zeichen !? ! auftaucht, heißt das, daß baldigst Geld auf unser Postscheckkonto 52 52 28-602 überwiesen werden muß, um den ID auch weiterhin wöchentlich zu erhalten.
KEIN GELD AUFM KONTO – KEIN ID IM KASTEN!

An alle Postöffner in den deutschen Knästen! Sollte auch dieser ID, wie es so oft geschieht, dem Gefangenen nicht ausgehändigt werden, so möchten wir den ID mit dem Grund der Nichtaushändigung zurück haben. Aber: aushändigen ist besser – gell?

Potsteinlieferung des letzten ID: Freitag, 9.9., 20 Uhr

